



Bezirksregierung Arnberg

Geschäftsstelle des Regionalrates

E-Mail-Adresse: geschaeftsstelle.regionalrat@bezreg-arnberg.nrw.de

Tel.: 02931/82-2341, 2324, 2306 od. 2839 Fax.: 02931/82-46177

Regionalratssitzung am:	28. 09. 06	Vorlage:	35/04/06
Vorberatung in:	PK..... <input checked="" type="checkbox"/>	SK..... <input checked="" type="checkbox"/>	VK..... <input type="checkbox"/>
TOP 6:	Sachstand zur Verwaltungsstrukturreform <ul style="list-style-type: none">• Information		
Berichterstatter/-in:	RVP Kosow AD´ in Ewert		
Bearbeiter/in:	ORR Sommer ROAR Meier		

Beschlussvorschlag:

Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.

Begründung:

I. Die aktuelle Situation der Bezirksregierungen in NRW:

Die fünf Bezirksregierungen stellen die Mittelinstanz mit Bündelungsfunktion in NRW dar, d. h. sie sind Bindeglied zwischen den Ministerien und den Kreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden. Insgesamt sind bei den Bezirksregierungen ca. 5.700 Personen beschäftigt, dies sind 1,57 % der Personalstellen des Landes. Auf die Bezirksregierung Arnsberg entfallen 1.150 Stellen.

Mit dem "Koalitionsvertrag von CDU und FDP zur Bildung einer neuen Landesregierung in NRW" vom 20. Juni 2005 wird ein klares Ziel für eine umfassende Verwaltungsreform gesetzt, das bis zur Mitte der nächsten Legislaturperiode erreicht werden soll.

Kernstück der Strukturreform sind die Bezirksregierungen und die Neuordnung der Regierungsbezirke. Deren Aufgabenbestand ist mit der Zielrichtung zu überprüfen, nach Ausschöpfen aller Privatisierungs- und Kommunalisierungsmöglichkeiten nur noch den unverzichtbaren Bestand staatlicher Aufgaben in der Mittelinstanz zu belassen. Gemeint ist damit eine Reduktion auf die so genannten Kernaufgaben. Im Mittelpunkt der Verwaltungsstrukturreform-Aktivitäten stehen zur Zeit folgende Reformfelder:

1. Eingliederung von Sonderbehörden

Die Landesregierung hat am 2. Mai 2006 entschieden, einzelne Sonderbehörden (Umwelt-, Arbeitsschutz-, Agrarordnungs-, Bergverwaltung) zum 1. Januar 2007 in die Bezirksregierungen zu integrieren. Die Versorgungsverwaltung soll mit dem Ziel einer weitgehenden Kommunalisierung umstrukturiert werden.

35 Sonderbehörden - zehn Staatliche Umweltämter, acht Ämter für Agrarordnung, zehn Staatliche Ämter für Arbeitsschutz, fünf Bergämter, die Landesanstalt für Arbeitsschutz und das Staatliche Amt für Umwelt- und Arbeitsschutz OWL - werden bis zur Neuordnung der Mittelbehörden als Außenstellen in die Bezirksregierungen eingegliedert. Darüber hinaus sollen die Aufgaben von 11 Versorgungsämtern kommunalisiert werden. Insgesamt sind davon rund 7.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betroffen.

Die Hauptziele der Eingliederung sind:

- Abbau von Doppelzuständigkeiten
- transparente und einfache Zuständigkeiten
- mehr Wirtschaftlichkeit

- Verschlankung der Landesverwaltung
- nur noch eine Behörde als Ansprechpartner für Gewerbetreibende (Zaunprinzip).

Die von den Sonderbehörden bislang wahrgenommenen Aufgaben werden kritisch überprüft. Ziel ist es, in Verhandlungen mit den Kommunen auf einige Aufgaben ganz zu verzichten und so viele Aufgaben wie möglich zu privatisieren. Die verbleibenden Aufgaben sollen unter Wahrung des Konnexitätsprinzips weitestgehend von den Kommunen wahrgenommen werden. Die Zuständigkeit zwischen staatlichen und kommunalen Behörden wird neu geordnet.

Für den Bereich der Bezirksregierung Arnsberg bedeutet dies, dass 13 Ämter mit insgesamt 790 Stellen zu integrieren sind. Diese sind im Einzelnen:

- die Staatlichen Umweltämter in Lippstadt, Hagen und Siegen mit insgesamt 355 Stellen;
- die Ämter für Arbeitsschutz in Arnsberg, Dortmund und Siegen mit insgesamt 167 Stellen;
- die Ämter für Agrarordnung in Siegen und Soest mit insgesamt 152 Stellen;
- die Bergämter in Düren, Gelsenkirchen, Kamen, Moers und Recklinghausen mit insgesamt 116 Stellen (landesweite Zuständigkeit der Bezirksregierung Arnsberg für den Bereich Bergbau).

2. Übertragung von Förderprogrammen auf die NRW.BANK

Das Landeskabinett hat am 7. Dezember 2005 ihren Beschluss bekräftigt, die finanzielle Abwicklung von Förderprogrammen auf die NRW.BANK zu übertragen.

Die Koalitionsvereinbarung sieht vor, die NRW.BANK zur zentralen Förderplattform des Landes auszubauen. Gemeinsame Vorarbeiten der Förderressorts mit der NRW.BANK haben seit Ende 2004 aus einer großen Vielzahl von Förderprogrammen zunächst 24 Programme identifiziert, deren finanzielle Abwicklung sich für eine Übertragung auf die NRW.BANK eignen.

3. Reform des Widerspruchsverfahrens

Die Landesregierung einigte sich am 31.01.2006 auf Eckpunkte für eine weit reichende Reform des Widerspruchsverfahrens in NRW. Soweit möglich und sinnvoll soll das verwaltungsrechtliche Widerspruchsverfahren künftig ganz wegfallen.

NRW will damit von der seit dem 1.1.1997 bestehenden Möglichkeit Gebrauch machen, von der bundesrechtlichen Regelung des Widerspruchsverfahrens abzuweichen. Das Widerspruchsverfahren wird künftig nur dort weiterhin durchgeführt, wo das Verfahren nachweislich eine befriedende Wirkung hat. Doch auch hier gibt es eine wesentliche Änderung: Künftig wird

nicht mehr die nächsthöhere Behörde über den Widerspruch entscheiden (Devolutiveffekt), sondern die Behörde, die den Verwaltungsakt erlassen hat. Gegen Verwaltungsakte der Bezirksregierungen soll die Klage stets unmittelbar möglich sein.

4. Neue Zuständigkeiten nach der Handwerksordnung

Durch die „Verordnung über die Zuständigkeiten nach der Handwerksordnung und der EU/EWR-Handwerk-Verordnung“ vom 24.04.2006 ist die Zuständigkeit für Ausnahmebescheinigungen zugunsten von Handwerkern, die keinen Meisterbrief in einem meisterpflichtigen Handwerk haben, von den Bezirksregierungen auf die Handwerkskammern übertragen worden. Hiermit können sich Handwerker ohne Meisterbrief in die Handwerksrolle eintragen lassen und einen entsprechenden Handwerksbetrieb gründen oder übernehmen.

5. Bürokratieabbaugesetz I

Ein weiterer Schritt der Reform war der Beschluss der Landesregierung vom 04.04.2006, den bislang auf Ostwestfalen-Lippe beschränkten Modellversuch, bei dem Vorschläge zum Bürokratieabbau einem Praxistest unterzogen wurden, im Rahmen des sog. "Bürokratieabbaugesetz I" (Landtagsdrucksache 14/2242 vom 06.07.2006) auf ganz NRW auszudehnen. Dieses Gesetz soll landesweit unternehmerisches Handeln erleichtern, Existenzgründungen fördern und die wirtschaftliche Entwicklung voran treiben.

Darüber hinaus beschloss das Kabinett, den für die Modellregion geltenden Sonderregelungen, die nicht der Gesetzesänderung bedürfen, unmittelbar landesweite Geltung zu verschaffen.

6. Gesamtkonzept zum Bürokratieabbau - Aufgabenüberprüfung -

Am 30. Mai 2006 einigte sich die Regierung darauf, die Möglichkeiten zum Abbau bürokratischer Hemmnisse systematisch und ressortübergreifend aufzubereiten. In ressortübergreifenden Arbeitsgruppen werden folgende Themenbereiche einer ganzheitlichen, prozessorientierten Betrachtung von typischen Fallkonstellationen unterzogen:

- Umweltschutz
- Baurecht und Bauordnungsrecht (u. a. durch die Einbeziehung der Musterbauordnung aus dem Jahre 2002 bei der anstehenden Novellierung der Landesbauordnung sowie des Ergebnisses der Überprüfung nach dem Standardkostenmodell)
- Steuern und Abgaben
- Arbeit (Einstellung, Beschäftigung und Entlassung von Arbeitnehmern)
- Unternehmens- / Existenzgründungen (erlaubnispflichtige Gewerbemeldungen, Gründungsformalitäten)

- Statistik- und Berichtspflichten (und zwar alle im weitesten Sinne unternehmensbezogene Pflichten, vor allem soweit sie mittelständische Unternehmen betreffen - andere z.B. ressortspezifische, verwaltungsinterne Statistik- und Berichtspflichten prüfen die Ressorts in eigener Zuständigkeit)

7. Neuorganisation der Polizei

Mit dem Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften über die Organisation der Polizei vom 23.05.2006 (GV.NRW 2006 Nr. 15 S.266-267) werden die fünf Autobahnpolizeien von den Bezirksregierungen in die Polizeipräsidien Dortmund, Münster, Bielefeld, Düsseldorf und Köln integriert. Gleichzeitig wird die Wasserschutzpolizei in das Präsidium Duisburg eingegliedert. In zwei Fällen ist die Fusion zweier bisher eigenständiger Präsidien vollzogen: Das Präsidium Leverkusen wird mit Köln, das Präsidium Mülheim mit Essen zusammengelegt.

Konkret bedeutet dies für die Bezirksregierung Arnsberg, dass die bisher hier ansässige Autobahnpolizei zum Polizeipräsidium Dortmund zum 01. 01. 2007 verlagert wird.

Daneben ist damit zu rechnen, dass die Dezernate 25 (Verwaltung und Logistik der Polizei) und 26 (Gefahrenabwehr/Strafverfolgung der Polizei) ebenfalls aus der Organisation der Bezirksregierung herausgelöst und in die Polizeiorganisation integriert werden.

8. Umstrukturierung der IT-Organisation

Mit Beschluss der Regierung vom 27. 06. 2006 wurde die Zusammenlegung von LDS, drei Gemeinsamen Gebietsrechenzentren, vier Fachzentren und der IT aus den Häusern der Bezirksregierungen in ein Rechenzentrum festgelegt. Damit wird der Rahmen für die notwendige Zusammenfassung und Vereinheitlichung der IT-Landschaft geschaffen.

9. Veränderungen in der Regionalplanung

Nach dem Referentenentwurf für ein "Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr" soll mit der Kommunalwahl 2009 der Regionalverband Ruhr für die Regionalplanung, die strukturpolitischen Aufgaben und die Zuständigkeiten im Verkehrsbereich nach § 9 LPIG in seinem Verbandsgebiet zuständig sein. Für den bei der Bezirksregierung Arnsberg angesiedelten "Rest"-Regionalrat fallen diese Bereiche dann weg.

Nach § 6 des LPIG-Entwurfes werden in den "Regierungsbezirken Arnsberg, Düsseldorf und Münster für das Gebiet außerhalb des Verbandsgebietes des Regionalverbandes Ruhr Regionalräte errichtet". Damit einher geht auch eine Namensänderung: Aus dem bisherigen "Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg" wird der "Regionalrat Arnsberg".

Die kreisfreien Städte und Kreise, die Mitglieder im Regionalverband Ruhr sind, werden nach § 7 des Gesetzentwurfes zukünftig keine Mitglieder in den Regionalrat entsenden. Da alle fünf kreisfreien Städte und zwei Kreise in unserm Bezirk davon betroffen sind, hätte das für diesen Regionalrat einschneidende Konsequenzen:

	Arnsberg	Düsseldorf	Münster
bisherige Sitzzahl: (je. angef. 150.000 EW + 1/4 Reserveliste)	39 (31+8)	54 (43+11)	25 (20+5)
z. Zt. geltendes LPIG: (je. angef. 200.000 EW + 1/3 Reserveliste)	36 (24+12)	50 (33+17)	27 (18+9)
Gesetzentwurf – ab 2009: (je. angef. 200.000 EW + 1/3 Reserveliste)	15 (10+5)	32 (21+11)	17 (11+6)
Differenz:	24 (-61,5 %)	22 (-40,7%)	8 (-32%)

Mit der Verkleinerung der Zahl der Stimmberechtigten geht auch eine Reduzierung der beratenden Mitglieder einher, da zukünftig kein stimmberechtigtes Mitglied der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr in den Regionalrat zu entsenden wäre (§ 8 Abs. 3 LPIG) und die kreisfreien Städte und Kreise aus dem RVR-Gebiet keine Vertreterinnen oder Vertreter mehr in den Regionalrat entsenden würden (§ 8 Abs. 4 – Änderung im Referentenentwurf noch nicht enthalten). Die Zahl der beratenden Mitglieder sinkt somit auf 16 (24 – 8).

II. Vorschlag eines Strukturkonzeptes

Am 04. Juli 2006 haben die Regierungspräsidentin und die Regierungspräsidenten in NRW ein Strukturkonzept vorgeschlagen ([siehe Anlage](#)).

Ausgehend von der Regierungserklärung und den bisher getroffenen Kabinettsentscheidungen zur Rolle der Bezirksregierungen in der Verwaltungsstrukturreform und zur Eingliederung der Sonderbehörden wurden unter aufgabenkritischen Aspekten die 659 Produkte des z.Z. geltenden Produktkataloges daraufhin untersucht, welche unabdingbare staatliche Kernaufgaben einer Mittelinstanz sind.

Bei konsequenter Umsetzung des gesamten Reformpakets kann im Bereich der Bezirksregierungen ein Einsparvolumen in Höhe von ca. 26% erbracht werden. Das entspricht 1.100 Stellen. Durch die Eingliederung der Sonderbehörden und den Wegfall der Querschnittsaufgaben in diesen Behörden sind mit 15-20% Einsparungen zu rechnen, das sind rund 500 Stellen zu-

sätzlich. Hierbei sind die Versorgungsverwaltung und die Bergbauverwaltung noch nicht berücksichtigt. Um die vorgegebenen Ziele zu erreichen, wurde ein Katalog an Veränderungen vorgeschlagen.

Die Zahl der Dezernate soll von 37 auf 23 sinken, die sich auf nur noch 5 Abteilungen verteilen.

Die zukünftigen Kernaufgaben werden insbesondere auf folgenden Gebieten gesehen:

- Gefahrenabwehr (insbesondere Feuer- und Katastrophenschutz, Gesundheitsschutz),
- Kommunalaufsicht,
- Regionalplanung,
- Qualitätsanalyse an Schulen und Schulaufsicht,
- Bedeutsame Umweltaufgaben (z.B. Genehmigung und Überwachung von industriellen Großanlagen nach dem Motto „eine Anlage – eine Behörde“),
- Infrastrukturmaßnahmen (z.B. Planfeststellung und -genehmigung von Straßen).

Daneben ist die Arbeit in den Ministerien konsequent derart zu straffen, dass alle ministeriellen Detailaufgaben konsequent zu verlagern und die Vollzugsaufgaben zu delegieren sind.



Die Regierungspräsidentin Detmold
Die Regierungspräsidenten
Arnsberg –Düsseldorf – Köln – Münster



Herrn Ministerpräsident
Dr. Jürgen Rüttgers
Stadttor 1

40190 Düsseldorf

Strukturkonzept der Bezirksregierungen zur Verwaltungsreform

- Ergebnis des Arbeitskreises „Zukünftige staatliche Kompetenzen der Mittelinstanz“ -

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Landes erfordert eine tief greifende Verwaltungsreform. Deshalb begleiten die Regierungspräsidentin und die Regierungspräsidenten aktiv den von der Landesregierung eingeleiteten Reformprozess. Die Bezirksregierungen müssen sich auf unverzichtbare Kernaufgaben konzentrieren. Dies bedingt organisatorische und personelle Veränderungen. Dabei ist zu beachten, dass der Anteil der Bezirksregierungen nur 1,57 % der Personalstellen des Landes beträgt.

Die von uns entworfene Organisation der staatlichen Aufgaben in der zukünftigen Mittelinstanz ist schlank, übersichtlich, effizient und beinhaltet klar erkennbare Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner.

Wie von der Landesregierung angestrebt, wird der Teil des Verwaltungsstrukturprozesses im staatlichen Bereich einschließlich der personalwirtschaftlichen Umsetzung so vorbereitet werden können, dass die Zielsetzungen der Landesregierung bis 2012 erreicht werden.

Bei konsequenter Umsetzung des gesamten Reformpakets

- Aufgabenkonzentration in der Mittelinstanz,
- Reduktion staatlicher Aufgaben,
- Kommunalisierung und
- Privatisierung

erbringen wir im Bereich der Bezirksregierungen ein **Einsparvolumen** in Höhe von ca. **26%**. Das entspricht **1.100 Stellen**. Durch die Eingliederung der Sonderbehörden entsprechend des Kabinettsbeschlusses vom 02.05.2006 und den Wegfall der Querschnittsaufgaben in diesen Behörden erwarten wir allein 15-20% Einsparungen, das sind rund 500 Stellen zusätzlich. Hierbei sind die Versorgungsverwaltung und die

Bergbauverwaltung nicht berücksichtigt. Auch bei diesem Personalabbau werden die Dienstleistungsorientierung und die Qualität der Kernaufgabenerledigung gewährleistet und Handlungsspielräume gewonnen.

Um die vorgegebenen Ziele zu erreichen, wollen wir folgende Veränderungen durchführen:

- wir **verzichten** zukünftig auf 230 von 659 Produkten (Anlage 1),
- wir **integrieren** die Sonderbehörden zum 01.01.2007 und sichern die gesamtheitliche Aufgabenwahrnehmung ab diesem Zeitpunkt; alle bislang dort angefallenen Querschnittsaufgaben werden durch die Abteilungen 1 der Bezirksregierungen übernommen,
- wir **straffen** die Organisation durch Auflösung einer Abteilung und die Bildung von Großdezernaten (Anlage 2); das entspricht einer Reduzierung von 37 auf 23 Dezernate bei komplett integrierten Sonderbehörden,
- wir **gewährleisten** in den Dezernaten eine ergebnisorientierte und geschäftsprozessorientierte Aufgabenerfüllung und
- wir **zentralisieren** bestimmte Aufgaben mit hoher Spezialisierung bei einer Bezirksregierung bzw. bei zwei Bezirksregierungen.

Die Reform kann nur gelingen, wenn alle staatlichen Ebenen ihren Beitrag leisten. Wir schlagen deshalb vor, konsequent die Arbeit in den Ministerien zu straffen und die Vollzugsaufgaben zu delegieren. Alle ministeriellen Detailaufgaben sind konsequent zu verlagern. Wir sind sicher, dass auch durch diesen Reformschritt erhebliche Entlastungspotenziale zu erzielen sind.

Ein Personaleinsatzmanagement in Verbindung mit personenbezogenen kw-Vermerken halten wir für nicht zielführend. Wir schlagen vielmehr vor, die Realisierung der Verwaltungsstrukturreform in personalwirtschaftlicher Verantwortung der Bezirksregierungen durchzuführen.

Leistungsstarke Führungskräfte sind die Garanten für das Gelingen dieses aufgaben-, finanz- und personalwirtschaftlichen Konsolidierungsprozesses. Deswegen ist es zwingend erforderlich, für die Förderung des leistungsstarken Nachwuchspersonals Perspektiven zu erhalten. Restrukturierungsprozesse führen nur dann zum Erfolg, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Veränderungsprozess tragen.

Bei der Wahrnehmung unserer Kernaufgaben konzentrieren wir uns zukünftig auf sechs Funktionen:

- wir **bündeln** ressort- und fachübergreifende Angelegenheiten z.B. bei Genehmigungsverfahren für große Industrieanlagen und Raumordnungsverfahren, beim Feuerschutz, bei der Gefahrenabwehr, durch die Einrichtung von Krisenstäben (bei Hochwasser, Epidemien, Tierseuchen und Großveranstaltungen wie etwa Weltjugendtag, Fußball-WM) und in Förderbereichen,
- wir **sorgen** für eine zahlenmäßig und fachlich ausgewogene Versorgung der Schulen mit Lehrerinnen und Lehrern,
- wir **entlasten** die Ministerien von der Bearbeitung von Einzelfällen,
- wir **beraten** Kreise, kreisfreie Städte, Gemeinden, Zweckverbände und Regionalverbände,

- wir **vermitteln** als zentrale Schaltstelle zwischen Landesregierung und kommunaler Selbstverwaltung und
- wir **aktivieren** in Kooperation mit Einrichtungen und Institutionen vor Ort regionale Weiterentwicklung und integrieren diese in staatliche Ziele.

Bei Verwirklichung aller Vorschläge der staatlichen Aufgabenneustrukturierung entsteht eine der qualifiziertesten und effizientesten Länderverwaltungen in Deutschland. NRW wird an die Spitze im Ländervergleich treten.

1. Kernkompetenzen – Aufgaben der zukünftigen Mittelbehörden –

Unsere Kernaufgaben stützen sich auf folgende Kriterien:

- Vertretung der Landesregierung im Bezirk,
- rechtliche Verpflichtungen,
- struktur- und regionalpolitische Bedeutung der Aufgaben,
- Wirtschaftlichkeit.

Die staatliche Mittelinstanz wird auch in der zukünftigen nordrhein-westfälischen Landesorganisation die Rolle des allgemeinen Vertreters der Landesregierung in der Region einnehmen. Darüber hinaus muss die Mittelinstanz weiterhin in allen Bereichen, für die keine andere Behörde zuständig ist, gemäß § 8 LOG als Auffangbehörde tätig werden.

Eine rechtliche Verpflichtung zur Aufgabenwahrnehmung durch den Staat besteht auch zukünftig in allen Bereichen des Gewaltmonopols, der Grundsicherung und der Gewährleistung einer grundlegenden Infrastruktur. Eine Kernkompetenz besteht vor allem in den europa-, bundes- und landesrechtlich zwingend vorgeschriebenen Fällen, z.B. bei der Wahrnehmung staatlicher Rechts- und Fachaufsicht.

Die struktur- und regionalpolitische Bedeutung der Aufgaben lässt sich in Abgrenzung von Aufgaben anderer Behörden wie folgt charakterisieren: keine ministerielle Tätigkeit, hohe Spezialisierung, seltener Anfall, regionaler Bezug, überörtliche Wahrnehmung und Bündelung. Damit haben die Mittelinstanzen ein Alleinstellungsmerkmal.

Unter wirtschaftlichen Aspekten ist es notwendig, diejenigen Aufgaben in staatlicher Hand zu belassen, die an anderer Stelle nicht kostengünstiger erledigt werden können.

Gemessen an diesen Kriterien sehen wir **unsere zukünftigen Kernaufgaben** insbesondere auf folgenden Gebieten:

- Gefahrenabwehr (insbesondere Feuer- und Katastrophenschutz, Gesundheitsschutz),
- Kommunalaufsicht,
- Regionalplanung,
- Qualitätsanalyse an Schulen und Schulaufsicht,

- Bedeutsame Umweltaufgaben (z.B. Genehmigung und Überwachung von industriellen Großanlagen nach dem Motto „eine Anlage – eine Behörde“),
- Infrastrukturmaßnahmen (z.B. Planfeststellung und –genehmigung von Straßen).

Details zu den künftigen staatlichen Kernaufgaben sind der Anlage 3 zu entnehmen.

2. Unsere neue Organisationsstruktur

Mit der Beschreibung unserer zukünftigen Kompetenzen bilden wir auf der Grundlage unserer Vorschläge zugleich ein „griffiges“ Organisationsmodell ab (Anlage 2a). Dadurch sollen die Reformmöglichkeiten bereits „auf den ersten Blick“ sichtbar werden. Die Erläuterungen zum Organigramm finden sich in der Anlage 2b.

Bei unserem Vorschlag sind folgende Überlegungen ausschlaggebend:

- Bei einer Reduzierung auf die Kernaufgaben werden Dezernate deutlich kleiner, so dass Zusammenfassungen oder Verteilung der verbleibenden Aufgaben auf andere Dezernate sinnvoll sind. Das entspricht einer Reduzierung von 37 auf 22 Dezernate bei komplett integrierten Sonderbehörden.
- Ziel ist es, Großdezernate zu schaffen, deren Sachgebiete Schnittstellen zueinander aufweisen, und auch Dezernate mit gemeinsamer Schnittstelle in etwa gleich großen Abteilungen zusammenzuführen.
- Bei den nach dem Kabinettsbeschluss vom 02.05.2006 vorgesehenen Außenstellen muss die komplette Integration der Sonderbehörden in die Bezirksregierungen zum 01.01.2007 im Sinne des Vorschlages im Organigramm erfolgen; regionale Besonderheiten können dabei Berücksichtigung finden.
- Darüber hinaus sehen wir uns als Dienstleister für die eigenverantwortlichen Schulen in der Region. Deshalb haben wir im Bereich der Schulaufsicht auch Vorschläge zur Delegation von Aufgaben gemacht.

Die Integration von Sonderbehörden erfordert eine verbindliche und ressortübergreifende IT-Strategie. Ein IT-Investitionsvolumen von ca. 236 Mio. € jährlich im Land muss zentral und an verantwortlicher Stelle koordiniert werden. Bei rund 120.000 IT-Arbeitsplätzen im Land kann sich NRW zukünftig eine bunte, zufällig gewachsene und nicht konsolidierte IT-Landschaft nicht mehr leisten. Die Integration der Sonderbehörden erfordert dringend die Entwicklung und Durchsetzung einer einheitlichen landesweiten IT-Strategie.

In den Dezernaten werden wir den Aufgabenvollzug ergebnis- und geschäftsprozessorientiert angehen, um insgesamt einen in höchstem Maße effizienten Aufgabenvollzug zu gewährleisten. Für die Durchführung komplexer Verfahren stellen wir die Benennung von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern sicher, die Verfahrenskompetenz erhalten (Projektmanager).

3. Delegation von Aufgaben aus den Ministerien

Bürokratieabbau, Subsidiaritätsprinzip und die Besinnung auf Kernkompetenzen in der Landesverwaltung sind die tragenden Säulen des Koalitionsvertrags.

Eine effiziente Verwaltung in NRW setzt eine systemkonforme Zuordnung von Aufgaben auf allen Ebenen voraus. Vollzugsaufgaben gehören so nah wie möglich an die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb muss im Gesamtprozess der Verwaltungsreform die Delegation der Vollzugsaufgaben von den Ministerien auf die Mittelinstanz erfolgen.

Zu den Kernaufgaben der Ministerialverwaltung gehören insbesondere landesweite Steuerung, Begleitung von Gesetzesvorhaben, Politikberatung und Grundlagenarbeit, Vertretung der Interessen des Landes beim Bund und in europarechtlichen Fragen sowie Vorbereitung von Bundesratsinitiativen.

Das operative Geschäft gehört hingegen als Verwaltungsleistung aus einer Hand in die Region und damit in die auf ihre Kernaufgaben reduzierte staatliche Mittelinstanz.

Wir schlagen vor

- die Verlagerung der Zuständigkeit für Planfeststellung und Plangenehmigung nach dem Bundesfernstraßengesetz, wie dies für den Regierungsbezirk Detmold mit Verordnung vom 02.05.2006 vollzogen worden ist,
- die Verlagerung sämtlicher Förderentscheidungen auf die zukünftige Mittelinstanz,
- die Verlagerung der Stellenbewirtschaftung bis zur Besoldungsgruppe A 16 mit allen Annexaufgaben
- sowie Einzelzuständigkeiten wie etwa die Approbation im Veterinärbereich, Zustimmungsvorbehalte nach der Landeshaushaltsordnung, die Zuständigkeit nach § 129 der Gemeindeordnung (Weiterentwicklung der Kommunen-Experimentierklausel).

Weitere konkret zu delegierende Aufgabenbereiche müssen im Einzelnen analysiert werden.

4. Weitere Integrations- und Einsparpotenziale

Durch die Analyse und Neuordnung der Aufgaben (Aufgabenwegfall, Privatisierung, Kommunalisierung) erreichen wir eine Einsparquote von ca. 26% bei den Bezirksregierungen. Das entspricht rund 1.100 Stellen.

Durch die Eingliederung der Sonderbehörden entsprechend des Kabinettschlusses vom 02.05.2006 und den Wegfall der Querschnittsaufgaben in diesen Behörden erwarten wir zusätzlich allein bei den Staatlichen Umweltämtern, den Staatlichen Ämtern für Arbeitsschutz, den Ämtern für Agrarordnung und dem Staatlichen Amt für Umwelt und Arbeitsschutz OWL 15-20%, das sind rund 500 Stellen. Im Ergebnis erreichen wir so rund 1.600 Stellen Einsparvolumen.

Darüber hinaus erwarten wir deutliche Einsparungen im Rahmen der Aufgabenkritik. Das gilt für die Ministerien wie für die großen Aufgabenblöcke der Mittelinstanz gleichermaßen. Hier ist insbesondere die absehbare demografische Entwicklung ein maßgeblicher Faktor für die Personalbemessung.

Um den bereits eingeleiteten Prozess konsequent weiter zu führen, halten wir es für notwendig, orientiert an der Regierungserklärung und an den bisherigen Kabinettschlüssen, die folgenden Sonderbehörden/Einrichtungen vorübergehend in die Bezirksregierungen einzugliedern:

- Landesvermessungsamt mit zentraler Zuständigkeit für das gesamte Land → Bezirksregierung Köln
- Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst mit zentraler Zuständigkeit für das gesamte Land → Bezirksregierung Detmold
- Studienseminare → Alle Bezirksregierungen
- Prüfungsämter → Bezirksregierungen Arnsberg und Düsseldorf
- Haus Büren'scher Fonds → Bezirksregierung Detmold
- Schloß Augustsburg und Schloß Falkenlust in Brühl, Ständige Ausstellung des Landes in der Reichsabtei Kornelimünster → Bezirksregierung Köln

Des Weiteren gilt es Verwaltungspersonal in sehr kleinen Dienststellen (z.B. in Studienseminaren) personalwirtschaftlich und personalvertretungsrechtlich den Mittelinstanzen zuzuordnen und im Wege des Einsatzes den jeweiligen Dienstorten zuzuweisen.

Weitere Synergieeffekte und eine Steigerung der Effizienzdividende wollen wir durch Konzentration einzelner Aufgaben wie bspw. Fischereiangelegenheiten, Beihilfeangelegenheiten und Landeskassen an einzelnen Standorten und weiterer noch aus dem Kernaufgabenbestand zu identifizierender Aufgaben erreichen (Vor-Ort-Zuständigkeit).

Darüber hinaus sind Einsparpotenziale durch Synergien im Bereich der kommunalisierten Aufgaben zu erreichen. Dies kann und sollte - vergleichbar Baden-Württemberg - durch sinkende Finanzausschüsse in den Folgejahren erreicht werden.

Die vorübergehende Anbindung bzw. Integration der Sonderdienststellen einschließlich der kw-Stellung der Querschnittsbereiche wird eine Neuberechnung der Querschnittsanteile bei den künftigen Regionalverwaltungen bezogen auf den dann vorhandenen Aufgabenbestand und Stellenbedarf in den Fachabteilungen erforderlich machen. Für den Zeitraum des Strukturprozesses werden die Bezirksregierungen das aus eigener Kraft regeln.

5. Aufgabenkritik

Es ist erklärtes Ziel der Landesregierung, für den gesamten Bereich der allgemeinen Verwaltung eine Aufgabenkritik durchzuführen. Ausgehend von der Regierungserklärung beinhaltet die Aufgabenkritik die Überprüfung der Aufgabenwahrnehmung auf Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit und die Frage der Zuordnung zu einem Aufgabenträger. Diesen Prozess, den wir mit einer Beschreibung unserer Kernkompetenzen bereits begonnen haben, werden wir auch zukünftig aktiv begleiten. Wir sind in der Lage, die Aufgabenkritik für den Bereich der allgemeinen Verwaltung für die Landesregierung durchzuführen.

Dabei ist darauf hinzuweisen, dass ca. 90 % durch Europa- und Bundesrecht festgelegt sind und sich damit einer landespolitischen Aufgabenkritik entziehen. Hierbei wollen wir uns entsprechend des Kabinettsbeschlusses vom 04.04.2006 an folgenden Leitgedanken orientieren:

Aufgabenwegfall geht vor Aufgabenverlagerung. Nur mit dem Wegfall von Aufgaben kann eine spürbare Entlastung des Landeshaushaltes erreicht werden. Verzichtbar sind – um nur einige Beispiele zu nennen – Wohnungsfürsorge für Landesbedienstete, Preisprüfung, Beirat höhere Landschaftsbehörde bei der Bezirksregierung, die Bearbeitung von Kleingartenangelegenheiten.

Privatisierung geht vor Kommunalisierung. Denkbar sind z.B. Vermessungstätigkeiten durch Vermessungsbüros, technischer und sozialer Arbeitsschutz durch private Sachverständige als Beliehene (TÜV), Überwachungsaufgaben im Umweltbereich, Durchführung von Prüfungen (z.B. Jagd- und Fischereiprüfungen), fachtechnische Abnahmen von wasserwirtschaftlichen Planungen.

Soweit wie möglich sind die verbleibenden Aufgaben zu **kommunalisieren**. Kommunalisierbar sind z.B. wasserrechtliche Entscheidungen durch Wegfall der Mengenregelungen, Festsetzung von Naturschutzgebieten und Landschaftsschutzplanungen.

Einsparungen sind ebenfalls durch Kommunalisierung der Förderungen bei gleichzeitiger Pauschalierung (z.B. Maßnahmen des Naturschutzes) zu erreichen. Dafür treten wir bei geeigneten Förderprogrammen ein.

Die in der Mittelinstanz wahrzunehmenden Aufgabenbereiche sind konkret über den Organisationsplan hinaus beschrieben (siehe Anlage 3). Die Bereiche, die nicht als Kernkompetenzen für die Mittelinstanz gekennzeichnet sind, sind in die Aufgabenkritik einzubeziehen. Hier werden sich noch deutliche Einsparpotentiale ergeben.

Die nicht mehr benötigten Stellen werden im Landeshaushalt kw gestellt oder verlagert. Bei der Kommunalisierung ist das Konnexitätsprinzip zu beachten.

6. Personalwirtschaftliche Aspekte


Zum Gelingen der Verwaltungsstrukturreform wird die Motivation der Beschäftigten ganz entscheidend beitragen. Dem Grundsatz, dass niemand aus dem Landesdienst entlassen oder sozialunverträglich versetzt wird, messen wir besondere Bedeutung bei. Die Kommunalisierung staatlicher Aufgaben eröffnet für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksregierungen auch neue Optionen.

Wir schlagen vor, die personelle Umsetzung der Verwaltungsreform den jeweiligen Bezirksregierungen nach Vorgaben der Landesregierung durch Kontraktmanagement verantwortlich zu übertragen. Hierzu müssen die vorhandenen personalwirtschaftlichen Möglichkeiten genutzt und neue Instrumente entwickelt werden.

Die Bezirksregierungen werden die Ergebnisse der Verwaltungsstrukturreform personalwirtschaftlich umsetzen, bis hin zur Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für neue Aufgaben. Hier werden zusätzliche Fortbildungsmittel erforderlich sein. Wir beziehen uns hier auf positive Erfahrungen in Baden-Württemberg.

Dieses Vorgehen sichert eine hohe personale und regionale Motivation zur Realisierung der Reformergebnisse.


Münster, den 27. Juni 2006


(Marianne Thomann-Stahl)


(Jürgen Büssow)


i.V. Helmut Diegel
(Helmut Diegel)


(Hans Peter Lindlar)


(Dr. Jörg Twenhöven)

Für Rückfragen, Anregungen und Hinweise stehen Ihnen die Mitglieder des Arbeitskreises gern zur Verfügung:

Dorothea Feller-Elverfeld, Bezirksregierung Münster, Dezernat 14
dorothea.feller-elverfeld@bezreg-muenster.nrw.de, 0251/411-3725

Bernd Hedtmann, Bezirksregierung Detmold, Dezernat 14
bernd.hedtmann@bezreg-detmold.nrw.de, 05231/71-1401

Regierungsvizepräsident Heiko Michael Kosow, Bezirksregierung Arnsberg
heiko-m.kosow@bezreg-arnsberg.nrw.de, 02931/82-2010

Dr. Angela Küster, Bezirksregierung Düsseldorf, Dezernat 14
angela.kuester@bezreg-duesseldorf.nrw.de, 0211/475-2310

Regierungsvizepräsident Jürgen Riesenbeck, Bezirksregierung Düsseldorf
juergen.riesenbeck@bezreg-duesseldorf.nrw.de, 0211/475-2212

Regierungsvizepräsident Anton Schäfers, Bezirksregierung Detmold
– Geschäftsführer –
anton.schaefers@bezreg-detmold.nrw.de, 05231/71-1010

Dr. Joachim Schwab, Bezirksregierung Köln, Dezernat 25
joachim.schwab@bezreg-koeln.nrw.de, 0221/147-3126

Regierungsvizepräsidentin Ulrike Schwarz, Bezirksregierung Köln
ulrike.schwarz@bezreg-koeln.nrw.de, 0221/147-2177

Thomas Sommer, Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 14
thomas.sommer@bezreg-arnsberg.nrw.de, 02931/82-2532

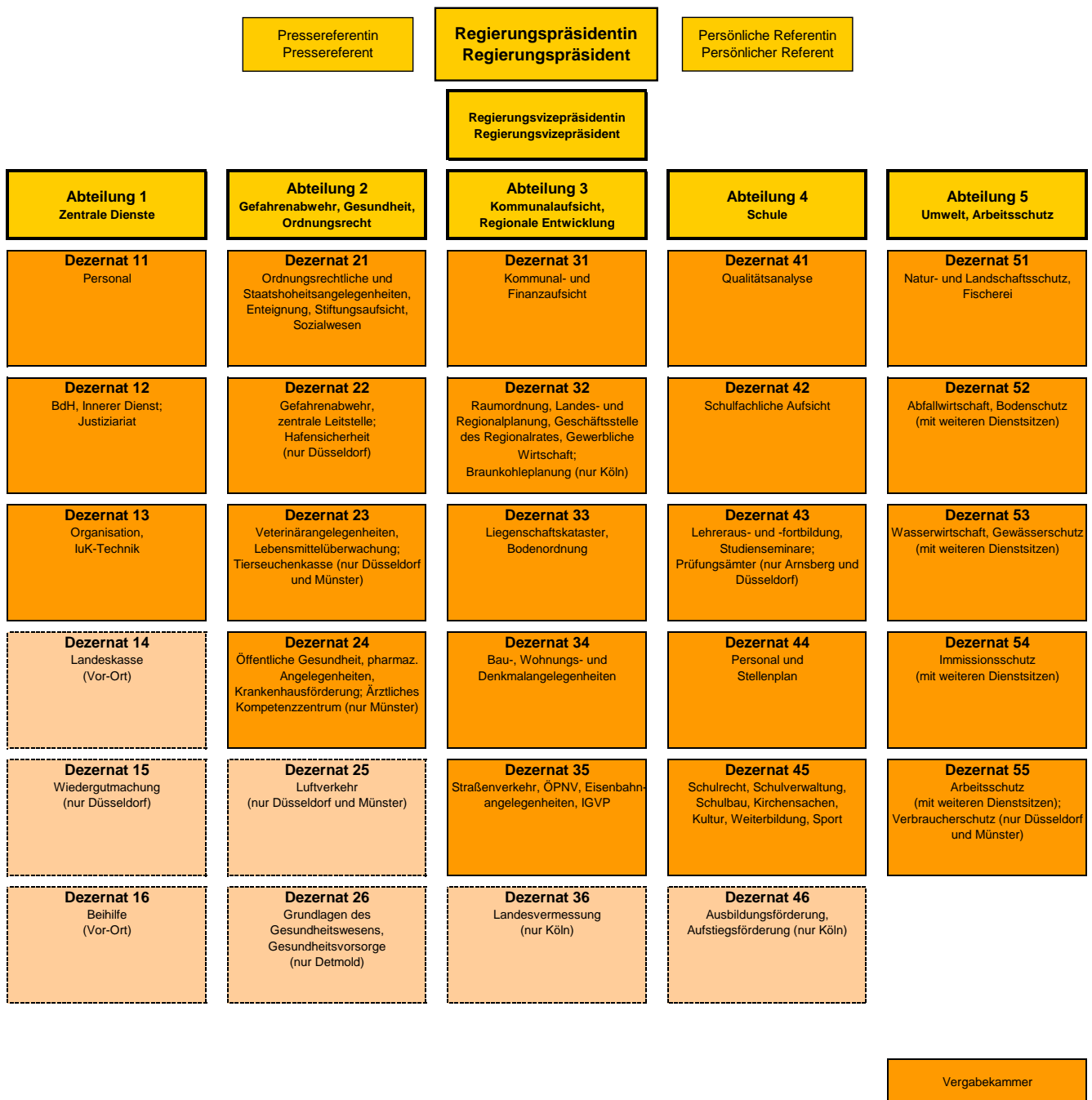
Ralf Weidmann, Bezirksregierung Münster, Persönlicher Referent des RP
ralf.weidmann@bezreg-muenster.nrw.de, 0251/411-1500

Aufgaben der zukünftigen Mittelinstanz - Reduzierung der Aufgaben -

Anzahl der Aufgaben

Dezernate <i>(ohne Agrar-,Berg-, Versorgungsverwaltung und Vor-Ort-Zuständigkeiten)</i>	aktuell	Aufgaben zukünftige Mittelinstanz	Aufgaben- verzicht
Personalangelegenheiten	30	16	14
Beauftragter für den Haushalt und wirtschaftliche Angelegenheiten	25	15	10
Landeskasse	6	6	-
Organisationsangelegenheiten, Informationstechnik, Innenrevision, Controlling	16	8	8
Justizariat, Stiftungsaufsicht, Enteignung	17	8	9
Beihilfen	7	4	3
Ordnungsrechtliche Angelegenheiten, Staatshoheitsangelegenheiten	35	12	23
Zivile Verteidigung, Feuerschutz, Rettungswesen, Kampfmittelbeseitigung	18	18	-
Öffentliche Gesundheit, medizinische und pharmazeutische Angelegenheiten	25	18	7
Verwaltung und Logistik der Polizei	37	-	37
Gefahrenabwehr / Strafverfolgung der Polizei, Autobahnpolizei	6	-	6
Kommunal- und Finanzaufsicht	17	16	1
Landesvermessung und Liegenschaftskataster	8	4	4
Bauaufsicht und Städtebau, Denkmalangelegenheiten	22	15	7
Bauförderung, Wohnungsangelegenheiten, Krankenhausförderung	10	5	5
Sozialwesen	22	8	14
Pädagogischer Bereich	65	40	25
Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung	10	7	3
Personalangelegenheiten der Lehrer	13	13	-
Schulrecht und Schulverwaltung, Schulbau, Kirchensachen, Ersatzschulen, Finanzierung der Weiterbildung	24	20	4
Kunst- und Kulturpflege, öffentliche Bibliotheken, Weiterbildung, Zweiter Bildungsweg, Sport	13	11	2
Tiergesundheit, Verbraucherschutz	17	13	4
Landschaft, Fischerei	21	14	7
Abfallwirtschaft, Bodenschutz	34	28	6
Verkehr	25	18	7
Wasserwirtschaft, Gewässerschutz	36	28	8
Arbeitsschutz	9	6	3
Immissionsschutz	8	6	2
Förderung des kommunalen Straßenbaus, Straßenpläne und -programme	12	12	-
Integrierte Gesamtverkehrsplanung, Personennahverkehr, Eisenbahnangelegenheiten	18	18	-
Regionalplanung	16	16	-
Durchsetzung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung	12	12	-
Gewerbliche Wirtschaft	25	14	11
	659	429	230

Organisation der staatlichen Aufgaben in der Mittelebene



- Grundstruktur
- Zentral wahrgenommene Aufgaben

Im Zuge der Umstrukturierung werden die Nummern der nachstehenden Abteilungsbezeichnungen und Dezernate noch geändert.

nur Arnsberg:

Abteilung 6 mit Dezernaten 61 bis 67 und zusätzlich ein Außenstellendezernat 68 (aus bisheriger Abteilung 8 "Bergbau und Energie") bis nach einer NEUORGANISATION die Einbindung der Außenstellendienstsitze in die Fachdezernate erfolgen kann.

nur Münster:

Abteilung 7 mit den Dezernaten 71 bis 73 (aus bisheriger Abteilung 10 "Soziales und Arbeit"); nach Abschluss der NEUORGANISATION werden noch strukturelle Anpassungen erfolgen.

Erläuterungen zum Organigramm

Abteilung	Dezernat	Erläuterung (bisherige Dezernate)
1	11	Einschließlich Gleichstellungsbeauftragte
	12	Justizariat aus Dezernat 15
	14	Dezernat 13, zentralisiert
	16	zentralisiert
2	21	einschließlich Datenschutzbeauftragte/-r; Enteignung und Stiftungsaufsicht aus Dezernat 15; Dezernat 37
	22	für Düsseldorf auch Dezernat 20
	23	Dezernat 50; nur Düsseldorf und Münster: Aufgabenbereich „Tierseuchen- kasse“ aus dem Landesamt für Ernährung und Jagd
	24	Krankenhausförderung aus Dezernat 36; nur Münster: Dezernat 103
	26	nur Detmold: Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst
3	32	Dezernate 61, 62 und 63; nur Köln: Dezernat 64
	33	Liegenschaftskataster auch aus dem Landesvermessungsamt; Bodenordnung aus den Ämtern für Agrarordnung
	34	Dezernate 35 und 36 (ohne Krankenhausförderung)
	35	Dezernate 57 und 58, Teile aus 53 und Planfeststellung und -genehmigung für Straßen
	36	nur Köln: Teilaufgaben des Landesvermessungsamtes (vgl. Dezernat 33)
4	42	Dezernate 41-45, Teil des Dezernats 49
	43	Dezernat 46 und Studienseminare; nur Arnsberg und Münster: Prüfungsämter
	44	Dezernat 47
	45	Dezernat 48, Teile des Dezernats 49
5	51	zusätzlich Landschaftspflege aus den Ämtern für Agrarordnung, dazu Aufgaben der Fischerei der LÖBF
	52	zusätzlich Abteilung 2 der Staatlichen Umweltämter
	53	zusätzlich Abteilung 5 der Staatlichen Umweltämter
	54	zusätzlich Abteilung 3 der Staatlichen Umweltämter
	55	zusätzlich Staatliche Ämter für Arbeitsschutz; nur Düsseldorf: Aufgabenbereich „Verbraucherschutz“ aus dem ehemaligen Landesamt für Ernährung und Jagd

Aufgaben	Produkt		
Grundsatzangelegenheiten nach dem BEG, Härtefonds des Landes NRW, Bundeszentalkartei, Wiedergutmachung		10	nur Düsseldorf
Festsetzung von Hinterbliebenenrenten gemäß § 41 Bundesentschädigungsgesetzes (BEG)	10.01.01	K	
Entscheidungen über Beihilfen nach den Härtefondrichtlinien des Landes NW (einmalige/afd. Zahlungen)	10.01.02	K	
Haushalt, Zahlungsverkehr	10.01.03	K	
Erstellung von Übersetzungen	10.01.04	K	
Auskünfte aus der Bundeszentalkartei	10.01.05	K	
Entscheidungen über Rückforderungen	10.01.06	K	
Rentenregelung, Heilverfahren, Beitreibung und Vollstreckung			
Entscheidungen über Rentenangelegenheiten	10.02.01	K	
Entscheidungen über Heilverfahrensansträge	10.02.02	K	
Entscheidungen über Kuren	10.02.03	K	
Entscheidungen über Rückforderungen	10.02.04	K	
Medizinische Angelegenheiten			
Fachliche Stellungnahmen für andere Dezernate (Rentenfestsetzung/Rentenregelung/Heilverfahren)	10.03.01	K	
Entschädigungsmedizinische Datenerhebung	10.03.02	□	
Personalangelegenheiten des Hauses			
		11	
Aufgaben des Stellenplanes	11.01.01	K	
Personaleinsatzplanung	11.01.02	K	
Entscheidungen über die Begründung von Dienst- und Beschäftigungsverhältnissen	11.01.03	K	
Entscheidungen über die Beendigung von Dienst- und Beschäftigungsverhältnissen	11.01.04	K	
Veränderung von Dienst-/Beschäftigungsverhältnissen	11.01.05	K	
Betreuung von Dienst- und Beschäftigungsverhältnissen	11.01.06	K	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	11.01.07	K	
Personalangelegenheiten der nachgeordneten Behörden und Einrichtungen			
			fällt mit der Eingliederung weg
Allgemeine Aufgaben des Stellenplanes (sofern nicht Bestandteil der übrigen Produkte)	11.02.01	□	
Personaleinsatzplanung	11.02.02	□	
Entscheidungen über die Begründung von Dienst- und Beschäftigungsverhältnissen	11.02.03	□	
Entscheidungen über die Beendigung von Dienst- und Beschäftigungsverhältnissen	11.02.04	□	
Entscheidungen über die Veränderung von Dienst- und Beschäftigungsverhältnissen	11.02.05	□	
Betreuung von Dienst- und Beschäftigungsverhältnissen	11.02.06	□	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	11.02.07	□	
Fortbildung			
hausinternen Fortbildungsmaßnahmen	11.03.01	K	
Fortbildungsmaßnahmen durch Anbieter des Landes NRW	11.03.02	□	

Aufgaben	Produkt		
Fortbildungsmaßnahmen durch externe Anbieter	11.03.03	□	
Ausbildung Zentralisierung der Organisation der Fachreferendarausbildung			
Einstellungen/Laufbahnwechsel	11.04.01	K	Referendare (-), ggfls. zum OLG
Entscheidungen über die Beendigung von Dienstverhältnissen	11.04.02	K	
Ausbildungsangelegenheiten	11.04.03	K	
Entscheidungen zur Betreuung von Dienstverhältnissen	11.04.04	K	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	11.04.05	K	
Disziplinarangelegenheiten und Beschwerdemanagement			
Disziplinarangelegenheiten der Beamten des Hauses	11.05.01	K	
Beantwortung von Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Beschäftigte des Hauses	11.05.02	K	
Disziplinarangelegenheiten der Beamten der nachgeordneten Behörden	11.05.03	□	
Beantwortung von Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Leiter der nachgeordneten Behörden	11.05.04	□	
Entscheidungen über Zustimmungen in Disziplinarangelegenheiten der Kreispolizeibehörden	11.05.05	□	
Durchführung von förmlichen Disziplinarverfahren gegen Polizeibeamte der Kreispolizeibehörden	11.05.06	□	
Disziplinarangelegenheiten der Polizeivollzugsbeamten der Autobahnpolizei	11.05.07	□	
Disziplinarangelegenheiten der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen	11.05.08	K	
Vormerkstelle (Soldateneingliederung)			
Eingliederung von Soldaten	11.06.01	K	nur Köln
Beauftragter des Haushalts			
			12
Haushaltsvollzug	12.01.01	K	
Erteilung von Berechtigungen	12.01.02	K	
Nachweisungen und Aufstellungen	12.01.03	K	
Entwicklungen, Einführung und Pflege von Instrumenten des NSTM	12.01.04	K	
Entscheidung über die Festsetzung von Feldes- und Förderabgaben nach der FFVO NRW	12.01.05	□	
HKR-Massenzahlverfahren für die Versorgungsämter	12.01.06	□	nur Münster
Haushaltsvollzug der nachgeordneten Behörden und Einrichtungen	12.01.07	□	
Innerer Dienst			
Sachausstattung der Behörde	12.02.01	K	
Zentrale Vergabestelle	12.02.02	K	
Verwaltung der Dienstgrundstücke und Dienstgebäude sowie von Dienstwohnungen	12.02.03	K	
Post- und Fernmeldeangelegenheiten	12.02.04	□	
Amtlichen Veröffentlichungen	12.02.05	K	
Fahrdienst	12.02.06	K	nur für Behördenleitung
Bibliothek	12.02.07	K	nur Präsenzbibliothek, keine Fachbibliothek
Abwicklung von Kommunikationsdienstleistungen	12.02.08	K	
Abwicklung der Schreibaufträge	12.02.09	□	nicht Düsseldorf und Köln

Aufgaben	Produkt		
Druckerei und Buchbinderei	12.02.10	K	
Abwicklung der Kopieraufträge (nicht Bezirksregierungen Düsseldorf und Münster)	12.02.11	K	nur Mindeststandard
Organisation und Wahrnehmung des Pfortnerdienstes	12.02.12	K	
Poststelle, Botendienst	12.02.13	K	Poststelle „K“; Botendienst nur Mindeststandard
Reisekosten, TE			
Entscheidungen über Erstattungen und Entschädigungen für Mitarbeiter des Hauses	12.03.01	□	
Entscheidungen über Erstattungen und Entschädigungen für Mitarbeiter des nachgeordneten Bereiches	12.03.02	□	
Entscheidungen über Erstattungen und Entschädigungen für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen	12.03.03	□	nur Düsseldorf
Aufwandsdeckungsmittel, Aufwandsentschädigung	12.03.04	□	
Jobticketverwaltung	12.03.05	□	
Mahnungen und Vollstreckungen		13	
Mahnungen	13.01.01	K	Zentralisierung möglich
Erteilung von Vollstreckungsaufträgen	13.01.02	K	
Zahlungsverkehr und Buchführung			
Barzahlungen	13.02.01	K	Zentralisierung möglich
Unbare Einnahmen	13.02.02	K	
Unbare Ausgaben	13.02.03	K	
Sonstige Buchungen	13.02.04	K	
Versteigerung der landeseigenen Kraftfahrzeuge	13.02.05	K	nur Düsseldorf
Landesweite Abwicklung der Wohngeldzahlungen	13.02.06	K	nur Düsseldorf
Organisationsangelegenheiten		14	
Organisationsentwicklung, Verwaltungsreformen	14.01.01	K	
Organisationsuntersuchung, -veränderung und -beratung, Bearbeitung organisatorischer Regelungen sowie Serviceleistungen	14.01.02	K	
Organisationsangelegenheiten des nachgeordneten Bereichs			fällt mit der Eingliederung weg
Organisationsentwicklung, Verwaltungsreformen	14.02.01	□	
Organisationsuntersuchung, -veränderung und -beratung, Bearbeitung organisatorischer Regelungen sowie Serviceleistungen	14.02.02	□	
Organisatorische Begleitung von IT-Fachverfahren	14.02.03	□	
Aufsicht über das Staatsbad Oeynhausen	14.02.04	□	bereits weggefallen
Informationstechnik			
IT-Beschaffung	14.03.01	K	Operatives Geschäft Privatisierung möglich
Systembetrieb	14.03.02	K	
IT-Koordination und Verfahrenseinführung	14.03.03	K	
Anwenderbetreuung	14.03.04	K	
Schulungen	14.03.05	K	
IT- Ausbildung Systemelektroniker und Fachinformatiker	14.03.06	□	
IT nachgeordneter Bereich	14.03.07	□	

Aufgaben	Produkt		
Controlling (Haus)			
Strategisches und operatives Controlling	14.04.01	K	
Controlling (nachgeordneter Bereich)			
Strategisches und operatives Controlling	14.05.01	□	
Innenrevision			
Prüfungen, Schwachstellenanalysen und Qualitätssicherung, insb. in korruptionsgefährdeten Bereichen	14.06.01	□	
Kassen- und Rechnungswesen			
Kassenprüfungen	14.07.01	□	
Rechtsangelegenheiten		15	
Geltendmachung zivilrechtlicher Ansprüche	15.01.01	K	K nur Abwicklung RAE
Durchführung von Zwangsvollstreckungen	15.01.02	□	nicht Detmold
Beteiligung im Mahn- und Vollstreckungsverfahren	15.01.03	□	nur Detmold
Fachliche Stellungnahmen für andere Dezernate im Zivilrecht	15.01.04	□	
Kostenprüfungen	15.01.05	□	
Abwicklung fiskalischer Erbschaften; Übernahme und Verwaltung einschl. Rückabwicklung von Wertpapieren aller BRen aus NRW	15.01.06	□	
Entscheidungen über Ordnungswidrigkeiten nach BetrVG	15.01.07	□	
Entscheidungen über die Anerkennung von Dienstunfällen und Sachschäden incl. Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen Dritte für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses	15.01.08	□	nur Düsseldorf
Entsch. über die Anerkennung von Dienstunfällen u. Sachschäden incl. Geltendmachung v. Schadenersatzansprüchen gg. Dritte für Lehrkräfte öff. Schulen u. Beschäftigte des nachgeordn. Bereichs	15.01.09	□	nur Düsseldorf
Stiftungsangelegenheiten			
Entscheidungen über Stiftungserrichtungen	15.02.01	K	
Stiftungsaufsicht	15.02.02	K	
Vereinsangelegenheiten			
Vereinsaufsicht	15.03.01	□	
Enteignungsangelegenheiten			
Entscheidungen über Enteignungen	15.04.01	K	
Entscheidungen über vorzeitige Besitzeinweisungen/ Vorabentscheidungen	15.04.02	K	
Entscheidungen über Entschädigung	15.04.03	K	
Fachliche Stellungnahmen für andere Dezernate (nicht in Arnsberg)	15.04.04	K	
Sonderliegenschaften			nur Köln
Aufsicht Sonderliegenschaften (Schlösser Augustsburg und Falkenlust)	15.05.01	□	
Sondervermögen			
Aufsicht über landeseigene Fonds	15.06.01	□	nur Detmold

Aufgaben	Produkt		
Angelegenheiten nach Informationsfreiheitsgesetz			
Koordination von dezernatsübergreifenden Auskunftsverlangen	15.07.01	K	Produkt streichen wg. Annex im VerwVerf
Beihilfeangelegenheiten		16	
Entscheidungen in Beihilfeangelegenheiten für Bedienstete des Hauses	16.01.01	K	
Entscheidungen in Beihilfeangelegenheiten der in § 13 Abs. 1 Nr. 2 BVO genannten Beihilfeberechtigten mit Ausnahme der Bediensteten des Hauses	16.01.02	K	Zentralisierung
Entscheidungen über Widersprüche gegen Beihilfeentscheidungen der in § 13 Abs. 1 Nr. 5 und 6 BVO genannten Beihilfeberechtigten	16.01.03	□	
Prüfung von Beihilfefestsetzungen der Ersatzschulen	16.01.04	K	
Entscheidungen als „Zentrale Koordinierungsstelle Beihilfe“	16.01.05	K	nur Detmold
Schadensersatzangelegenheiten für Beihilfeberechtigte			
Schadensersatzangelegenheiten für Beihilfeberechtigte der in § 13 Abs. 1 Nr. 5 und 6 BVO genannten Beihilfeberechtigten	16.02.01	K	Zentralisierung
Gehaltsvorschüsse			
Entscheidungen über Gehaltsvorschüsse	16.03.01	□	LBV
Arbeitsplatzbrillen			
Entscheidungen über Arbeitsplatzbrillen für die Berechtigten gem. 16.01.01	16.04.01	□	
Hafensicherheit in NRW - Genehmigungsverfahren		20	nur Düsseldorf
Ausfertigung von Gutachten zur Risiko- und Anfälligkeitsanalyse	20.01.01	K	
Genehmigung von Plänen zur Gefahrenabwehr in den Hafenanlagen	20.01.02	K	
Entscheidung über die Zertifizierung von anerkannten Stellen zur Gefahrenabwehr (RSO) und Ausbildungs-Einrichtungen für PFSO	20.01.03	K	
Erteilung von ISPS-Zertifikaten über die Einhaltung des ISPS-Codes	20.01.04	K	
Hafensicherheit in NRW - Ordnungsrechtliche Angelegenheiten und Ordnungswidrigkeiten			
Präventive Gewährleistung der Sicherheit in den Hafenanlagen	20.02.01	K	
Ordnungsrechtliche Maßnahmen	20.02.02	K	
Entscheidungen über die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	20.02.03	K	
Durchführung von Übungen	20.02.04	K	
Dienstleistungen in der Hafensicherheit für NRW			
Entscheidungen über die Festlegung der Gefahrenstufen	20.03.01	K	
Entscheidungen über die Zuverlässigkeitsprüfung von Personen	20.03.02	K	
Inspektionen der Hafenanlagen in den EU-Mitgliedstaaten	20.03.03	K	
Unterstützung der Landesregierung in Angelegenheiten der Hafensicherheit	20.03.04	K	
Öffentlichkeitsarbeit	20.03.05	K	
Staatsangehörigkeitsangelegenheiten		21	

Aufgaben	Produkt		
Entscheidungen zu Einbürgerungen/Entscheidungen über Zustimmungen zu Einbürgerungen	21.01.01	K	
Entscheidungen zur deutschen Staatsangehörigkeit	21.01.02	K	
Entscheidungen über Widersprüche gegen Erstentscheidungen der Kommunen	21.01.03	□	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	21.01.04	K	
Maßnahmen im Bereich der Einbürgerungsbehörden	21.01.05	K	
Ausländerangelegenheiten			
Feststellung eines besonderen öffentlichen Interesses bei Arbeitsaufenthalten	21.02.01	□	
Entscheidungen über zentrale Flugabschiebungen	21.02.02	□	nur Düsseldorf
Entscheidungen über Anträge auf Verlängerung der Abschiebehaft	21.02.03	□	
Entscheidungen über Kostenerstattungen d. Ausländerbehörden für Abschiebungen	21.02.04	□	
Entscheidungen über Vorlage nach § 59 LHO	21.02.05	□	
Entscheidungen über Widersprüche gegen Erstentscheidungen der Kommunen	21.02.06	□	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben Fachaufsichtsbeschwerden	21.02.07	K	
Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, sofern nicht ein andere Dezernat zuständig ist			
Genehmigung von Lotterien/Ausspielungen mit einem Spielkapital von über 40.000 €	21.03.01	□	
Buchmacherangelegenheiten	21.03.02	□	
Entscheidungen in Glücksspielangelegenheiten	21.03.03	□	
Entscheidungen über die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach dem Feiertagsgesetz	21.03.04	K	
Entscheidungen über die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach dem Ladenschlussgesetz	21.03.05	□	
Entscheidungen in Friedhofsangelegenheiten/Genehmigung von Priesterbegräbnisstätten und Krematorien	21.03.06	□	
Entscheidungen zur Genehmigung von ordnungsbehördlichen Verordnungen	21.03.07	□	
Erlass von Rechtsverordnungen	21.03.08	K	
Entscheidungen über Widersprüche gegen Erstentscheidungen der Kommunen	21.03.09	□	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	21.03.10	K	
Maßnahmen im Bereich der Kommunen, vor allem der Standesämter	21.03.11	□	
Staatshoheitsangelegenheiten			
Entscheidungen über Leistungen zur Kriegsgräberfürsorge	21.04.01	□	
Entscheidungen in Auswanderungsangelegenheiten	21.04.02	□	
Auszeichnungen und Ehrungen	21.04.03	□	zu prüfen in der Aufgabenkritik
Ehrungen bei Alters- und Ehejubiläen	21.04.04	□	
Entscheidungen zur Stellung von Anträgen beim Zivilgericht auf Aufhebung von Ehen	21.04.05	□	
Beglaubigung von Urkunden/Erteilung von Apostillen	21.04.06	K	
Entscheidungen über Widersprüche gegen Erstentscheidungen der Kommunen (Namensänderungs-Personenstandsangelegenheiten)	21.04.07	□	

Aufgaben	Produkt		
Namensfeststellungsverfahren	21.04.08	□	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	21.04.09	K	
Stellungnahmen nach dem Transsexuellengesetz als Vertreter des öffentlichen Interesses	21.04.10	K	zentral Köln
Standesamtsangelegenheiten (Entscheidungen in Grundsatzfragen)	21.04.11	K	
Manöver und andere Übungen			
Entscheidungen in Beteiligungsverfahren bei Manövern und andere Übungen	21.05.01	□	
Datenschutzangelegenheiten			
OWI Datenschutz nach DSGVO NRW	21.06.01	□	Datenschutzbeauftragter
Amts- und Rechtshilfe in Verwaltungssachen nach dem Europäischen Übereinkommen			
	21.07.01	K	nur Köln
Angelegenheiten des Mediendienste-Staatsvertrages und des Teledienstgesetzes			
			nur Düsseldorf
Prüfung von Anfragen und Beschwerden	21.08.01	K	
Entscheidung über die Sperrung und Untersagung von unzulässigen Angeboten	21.08.02	K	
Entscheidungen über die Widersprüche gegen Entscheidungen zur Sperrung und Untersagung von unzulässigen Angeboten	21.08.03	□	
Entscheidung über Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	21.08.04	K	
Zivile Verteidigung/Zivilschutz			
		22	
Planung, Aufbau, Aufsicht, Koordination in der Zivilen Verteidigung	22.01.01	K	
Katastrophenschutz			
Koordinierung bei Großschadensereignissen	22.02.01	K	
Entscheidungen zur Ausbildung der in der Gefahrenabwehr eingebundenen Hilfsorganisationen	22.02.02	K	
Zentrale Beschaffung landeseigener Ausstattung	22.02.03	K	
Entscheidungen in Kfz-, Verlust-, Schadens- und Ausstattungsangelegenheiten	22.02.04	K	
Sicherstellung von einheitlichen Standards	22.02.05	K	
Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln (Bund/Land)	22.02.06	K	
Feuerschutz			
Entscheidungen über Zuwendungen/Zuweisungen für den Feuerschutz	22.03.01	K	
Entscheidungen über Aufwendungsersatz/Aufwandsentschädigungen	22.03.02	K	
Koordination der Ausbildung und Schulung/Information	22.03.03	K	
Fachliche Stellungnahmen	22.03.04	K	
Sicherstellung einheitlicher Standards	22.03.05	K	
Entscheidungen über Widersprüche im Rahmen des Brandschutzes gegen Entscheidungen der Kommunen/Stellungnahmen zu Petitionen und Beantwortung von Eingaben	22.03.06	K	Petitionen

Aufgaben	Produkt		
Rettungswesen			
Sicherstellung einheitlicher Standards	22.04.01	K	
Entscheidungen zu Rettungsassistentenschulen sowie Ausbildungseinrichtungen für Rettungssanitäter/innen und Rettungshelfer/innen	22.04.02	K	nur Qualitätssicherung i.S.v. Produkt 22.04.01
Fachliche Stellungnahmen	22.04.04	K	
Widersprüche/Petitionen (Rettungswesen)	22.04.05	K	Petitionen
Kampfmittelbeseitigung			
Kampfmittelräumung	22.05.01	K	nur Arnberg und Düsseldorf
Vernichtung von Kampfmitteln	22.05.02	K	
Staatssicherheit (VS-Angelegenheiten)			
Entscheidungen in Verschlussangelegenheiten	22.06.01	K	
Medizinische Aufgaben (Ärzte, Apotheker)			
Berufserlaubnisse/Approbationen	24.01.01	K	24
Medizinische Aufgaben (Gesundheitsfachberufe, Heilpraktiker)			
Entscheidungen über die Förderung der Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen	24.02.01	□	
Staatliche Anerkennung bzw. Ermächtigung von Ausbildungsstätten für Gesundheitsberufe	24.02.02	K	Integration LOGD (vorübergehend) BezReq Detmold
Angelegenheiten der Gesundheitsfachberufe und Heilpraktiker	24.02.03	□	
Medizinische Aufgaben (Krankenhäuser, Institute, etc.)			
Krankenhausplanung	24.03.01	K	
Medizinische Stellungnahmen zu Förderprogrammen im Rahmen der Krankenhausbauförderung (Dez. 36)	24.03.02	K	
Rechtsaufsicht gem. KHG	24.03.03	K	Verlagerung der Entscheidung von Ministerium auf BezReg
Begehungen von psychiatrischen Einrichtungen, in denen Patienten gem. PsychKG und MRV untergebracht sind; durch Kommission, in der die BR den Vorsitz hat, Organisation der Termine erfolgt über die BR	24.03.04	K	
Genehmigungen von Pflegesätzen, sonstige Tätigkeiten im Zusammenhang mit BPfIV bzw. FPG	24.03.06	K	
Medizinische Aufgaben (Allg. Gesundheitshilfe, allg. Gesundheitsschutz, Gutachter und Überprüfungswesen, untere Gesundheitsbehörden)			
Förderungen allgem. Gesundheitshilfe	24.04.01	□	
Angelegenheiten der Bereich Infektionsschutz, Hygiene und Umwelthygiene	24.04.02	K	
Fachliche Stellungnahmen, Stellungnahmen zu Petitionen, Beantwortung von Eingaben	24.04.03	K	
Anerkennung von Kur-, Luftkur-, Erholungsorten und Heilquellen	24.04.04	K	
	24.04.05	□	
Staatliche Anerkennung von Beratungsstellen für Schwangerschaftskonfliktberatung nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz			
Untere Gesundheitsbehörden; Beratung und Aufsicht	24.04.06	K	
Aufsicht über Drogenkonsumräume	24.04.07	□	

Aufgaben	Produkt		
Pharmazeutische Aufgaben			
Durchführung von Arzneimittelgesetz (AMG), Heilmittelwerbegesetz (HWG) und Transfusionsgesetz (TFG)	24.05.01	K	
Entscheidung über Überwachung/Inspektion inkl. klinischer Prüfung	24.05.02	K	
Entscheidungen über Import/Export von Arzneimitteln	24.05.03	K	
Fachaufsicht über die unteren Gesundheitsbehörden	24.04.04	K	
Pharmazeutische Aufgaben (MedizinprodukteG)			
Durchführung von MPG (Betten, Endoskope, Pflaster u. a. Materialien)	24.06.01	□	
Durchführung der Überwachung/Inspektionen inkl. klinischer Prüfungen	24.06.02	□	
Entscheidungen über Export von Medizinprodukten	24.06.03	K	
Pharmazeutische Aufgaben (Allgemein)			
Fachliche Stellungnahmen zu Petitionen und Gesetzesänderungen, Beantwortung von Eingaben	24.07.01	K	
Qualitätssicherung, Expertenfachgruppenarbeit	24.07.02	K	
Durchführung des III. Prüfungsabschnittes der pharmazeutischen Prüfung	24.07.03	□	nur Düsseldorf
Gesundheitsregion OWL	24.08	K	nur Detmold
Organisation und Geschäftsbetrieb der Polizeibehörden, Polizeibeiräte		25	
Geschäftsführung für den Polizeibeirat	25.01.01	□	
Organisation und Geschäftsbetrieb der Polizeibehörden	25.01.02	□	
Personalangelegenheiten der Autobahnpolizei			
Allgemeine Aufgaben des Stellenplans	25.02.01	□	
Personaleinsatzplanung	25.02.02	□	
Entscheidungen über die Beendigung von Dienst- und Beschäftigungsverhältnissen	25.02.03	□	
Entscheidung über die Veränderung von Dienst-/Beschäftigungsverhältnissen	25.02.04	□	
Entscheidungen zur Betreuung von Dienst-/Beschäftigungsverhältnissen	25.02.05	□	
Disziplinarangelegenheiten	25.02.06	□	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	25.02.07	□	
Personalangelegenheiten der Tarifbeschäftigten der Autobahnpolizei Düsseldorf	25.02.08	□	
Personalangelegenheiten der Kreispolizeibehörden			
Allgemeine Aufgaben des Stellenplans	25.03.01	□	
Entscheidungen über die Beendigung von Dienst- und Beschäftigungsverhältnissen	25.03.02	□	
Entscheidung über die Veränderung von Dienst-/Beschäftigungsverhältnissen	25.03.03	□	

Aufgaben	Produkt	
Entscheidungen zur Betreuung von Dienst-/Beschäftigungsverhältnissen	25.03.04	■
Disziplinarangelegenheiten	25.03.05	■
Stellungnahmen zu Petitionen/ Beantwortung von Eingaben	25.03.06	■
Aus- und Fortbildung		
Ausbildung	25.04.01	■
Fortbildung	25.04.02	■
Inspektionen, Organisationsunterstützung		
Inspektionen	25.05.01	■
Organisationsunterstützung	25.05.02	■
Rechtsangelegenheiten		
Entscheidungen über Widersprüche gegen Entscheidungen der KPBN und Ordnungsbehörden inkl. Maßnahmen der Fachaufsicht	25.06.01	■
Entscheidungen in zivil- und öffentlichrechtlichen Angelegenheiten der Autobahnpolizei	25.06.02	■
Haushalts- und Wirtschaftsangelegenheiten		
Zentrale Mittelbewirtschaftung für die KPBN und die Autobahnpolizei	25.07.01	■
Unterkunftsangelegenheiten	25.07.02	■
Beschaffungsangelegenheiten der Autobahnpolizei, zentrale Beschaffungen für die KPB sowie sonstige wirtschaftliche Angelegenheiten	25.07.03	■
Entscheidungen in Angelegenheiten der Freien Heilfürsorge	25.07.04	■
Entscheidungen über Reisekosten, Trennungentschädigungen, Mehrdienstvergütungen, Gehaltsvorschüsse und Unterstützungen der Polizeibeamten der Autobahnpolizei	25.07.05	■
Entscheidungen über Wwidersprüche der Polizeivollzugs- und Verwaltungsbeamten der API und KPBN gegen Entscheidungen ihrer Behörde in wirtschaftlichen Angelegenheiten	25.07.06	■
Führungs- und Einsatzmittel der Polizei		
Angelegenheiten im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik	25.08.01	■
Angelegenheiten im Bereich Krafffahrwesen	25.08.02	■
Angelegenheiten im Bereich Waffen und Geräte	25.08.03	■
Angelegenheiten der polizeiärztlichen Dienste		
Prüfungs- und Genehmigungsstelle nach der Freien Heilfürsorge	25.09.01	■
Kurativ hausärztliche Maßnahmen bei den Polizeibeamten der Autobahnpolizei und der KPB	25.09.02	■
Arbeitsmedizinische Maßnahmen	25.09.03	■
Besonder ärztliche Leistungen im Rahmen von polizeilichen Einsätzen	25.09.04	■
Fachliche Stellungnahmen	25.09.05	■
Sonstige Maßnahmen	25.09.06	■
Führungs- und Lagedienst/ Leitstelle		26
Leitstelle (für AP)	26.01.02	■
Leitstelle (für KPBen)	26.01.02	■

Aufgaben	Produkt		
Einsatz-, Verkehrs-, Kriminalitätsangelegenheiten/ Polizeilicher Staatsschutz			
Entscheidungen und Maßnahmen im Rahmen der Fachaufsicht	26.02.01	□	
Koordination	26.02.02	□	
Service	26.02.03	□	
Fachliche Stellungnahmen	26.02.04	□	
Kommunalaufsicht		31	
Entscheidungen zum Kommunalverfassungsrecht	31.01.01	K	
Entscheidungen nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (insbesondere in Zwecksverbandangelegenheiten)	31.01.02	K	
Entscheidungen in (Kommunal-)Wahlangelegenheiten	31.01.03	K	
Entscheidungen zum kommunalen Dienstrecht	31.01.04	K	
Betreuung besonderer Modellprojekte	31.01.05	K	
Servicearbeiten für Kommunen	31.01.06	K	
Beratungen, sofern keinem anderen Produkt zuzuordnen	31.01.07	K	
Stellungnahmen zu Petitionen / Beantwortung von Eingaben	31.01.08	K	
Finanzangelegenheiten			
Zuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz	31.02.01	□	
Zustimmungen zu beabsichtigten Fördermaßnahmen / Koordinierung	31.02.02	K	
Entscheidungen bei Anzeigen in Einzel- und Grundsatzfragen	31.02.03	K	
Entscheidungen zur wirtschaftlichen Betätigung	31.02.04	K	
Genehmigungen von Haushaltssicherungskonzepten und Kreisumlageerhöhungen	31.02.05	K	
Betreuung von Modellprojekten (NKF)	31.02.06	K	
Fachliche Stellungnahmen zur Bonn-Vereinbarung	31.02.07	K	
Entscheidungen in Angelegenheiten örtlicher Stiftungen	31.02.08	K	
Beratungen	31.02.09	K	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	31.02.10	K	
Ang. der Öffentl. bestellten Vermessungsg./ vermessungstechn. Nachwuchskräfte/Gutachterausschüsse		33	
Angelegenheiten der ÖbVermessung	33.01.01	K	
Ausbildungs- und Prüfungsangelegenheiten	33.01.02	□	
Gutachterausschuss	33.01.03	K	
Geschäftsführung Oberer Gutachterausschuss	33.01.04	K	nur Düsseldorf
Geschäftsführung des Prüfungsausschusses (gehobener Dienst)	33.01.05	□	nur Münster
Geschäftsführung des Ausschusses für gemeinsame Prüfungsaufgaben (Vermessungstechniker)	33.01.06	K	nur Düsseldorf
Sonderaufsicht über die Katasterbehörden im Bereich Landesvermessung und Liegenschaftskataster			
Sonderaufsicht über die Katasterbehörden	33.02.01	K	
Vervollständigung und Aktualisierung der Geobasisdaten	33.02.02	□	Auslaufende Aufgaben
Schaffung eines einheitlichen Raumbezuges	33.02.03	□	Auslaufende Aufgaben
Einführung des amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems ALKIS	33.02.04	□	Auslaufende Aufgaben

Aufgaben	Produkt		
Angelegenheiten an Bundes- und Landesgrenzen	33.02.05	K	
Bauaufsicht		35	
Genehmigung von Außenbereichsvorhaben	35.01.01	□	entfallen
Entscheidungen zu Bauvorhaben öffentlicher Bauherren	35.01.02	K	
Entscheidungen zur Zulassung von Einkaufszentren oder großflächigen Handelsbetrieben	35.01.03	K	
Stellungnahmen Petitionen/Fachaufsichtsbeschwerden	35.01.04	K	
Entscheidungen über Widersprüche gegen Maßnahmen der unteren Bauaufsicht	35.01.05	□	
Geschäftsprüfungen bei den unteren Bauaufsichtsbehörden	35.01.06	K	
Entscheidungen über die Anerkennung und Überprüfung von Sachverständigen nach der Technischen Prüfverordnung (TPrüfVO)	35.01.07	K	nur Düsseldorf
Fachliche Stellungnahmen	35.01.08	K	
Städtebau			
Genehmigung Flächennutzungspläne	35.02.01	K	
Entscheidungen über Genehmigungen von Bebauungsplänen	35.02.02	K	
Genehmigung Satzungen §§ 34,35 BauGB (Abrundungssatzung)	35.02.03	□	
Sonstige Entscheidungen	35.02.04	□	
Fachliche Stellungnahmen an Dezernate im Hause	35.02.05	K	
Stellungnahmen zu Petitionen/ Beantwortung von Eingaben	35.02.06	K	
Ausbildung von Städtebaureferendaren	35.02.07	□	
Städtebauförderung			
Mitwirkung am Stadterneuerungsprogramm (Beteiligung Regionalrat) und Zuwendungen	35.03.01	K	
Denkmalangelegenheiten (bundes-/landeseigene Denkmäler)			
Entscheidungen über Eintragungen/Unterschutzstellungen	35.04.01	K	
Entscheidungen über Erlaubnisse	35.04.02	K	
Förderungen/Zuweisungen	35.04.03	K	
Entscheidungen als obere Denkmalbehörde	35.04.04	K	
Fachliche Stellungnahmen an Dezernate im Haus	35.04.05	K	
Spezielle Aufgaben			
Voten über die Ausweisung von Schutzbereichen	35.05.01	□	
Beauftragte	35.05.02	□	
Wohnungsraumförderung/ Wohnungsangelegenheiten		36	
Bergarbeiterwohnungsbau	36.01.01	□	nur Düsseldorf und Köln
Wohnungsbauförderung: Förderungen	36.01.02	□	
Wohnungsangelegenheiten	36.01.03	□	
Landesbedienstetenwohnungen	36.01.04	□	Verlagerung BLB; läuft aus
Krankenhausförderung			
Krankenhausförderung	36.02.01	K	
Kleingartenangelegenheiten			

Aufgaben	Produkt		
Kleingartenangelegenheiten	36.03.01	□	
Hebammenumlage			
Hebammenumlage	36.04.01	□	bereits weggefallen
Baufachliche Prüfung und Begleitung öffentlich geförderter Baumaßnahmen			
Fachliche Stellungnahme in allen baulichen Angelegenheiten öffentlich geförderter Baumaßnahmen	36.05.01	K	
Baufachliche und fachtechnische Stellungnahmen bei Fördermaßnahmen im Krankenhausbau	36.05.02	K	
Wertermittlung, Grundstücks- und Gebäudebewertung	36.05.03	□	
Klärung sonstiger baulicher Fragen	36.05.04	□	
Bau- und Mietmanagement			
Technisches Gebäudemanagement	36.06.01	□	nur Münster
Infrastrukturelles Gebäudemanagement	36.06.02	□	nur Münster
Kaufmännisches Gebäudemanagement	36.06.03	□	nur Münster
Gebäudeinspektionen	36.06.04	K	u.a. wg. Patronate
Bauaufsicht			
Fachtechnische Beteiligung im Rahmen der Anerkennung und Überprüfung von Sachverständigen nach der Technische Prüfverordnung (TPrüfVO)	36.07.01	K	nur Düsseldorf
Aussiedler, Vertriebene, Flüchtlinge, Zuwanderer, ausländische Flüchtlinge, asylbegehrende Ausländer		37	
Erstattungen nach FlüAG und LAufG	37.01.01	□	NRW.Bank
Entscheidungen im Zusammenhang mit der Widmung, Umwidmung und Entwidmung von Übergangsheimen	37.01.02	□	Wegfall (2012)
Entscheidungen über Förderungen	37.01.03	□	
Garantiefonds	37.01.04	□	
Widersprüche (Aussiedler, Vertriebene pp.)	37.01.05	□	
Stellungnahme zu Petitionen, Beantwortung von Eingaben	37.01.06	□	
Zentrale Mittelbewirtschaftung	37.01.07	□	NRW.Bank
Entscheidungen über Anträge auf Statusfeststellungen	37.01.08	□	nur Köln
Sozialhilfe/Unterhaltssicherung für Wehrpflichtige, Zivildienstleistende/Landesjugendplan/Spitzenverbände/Arbeit			
Entscheidungen über Förderungen für soziale Zwecke	37.02.01	□	
Entscheidungen zu Härteausgleichen nach dem USG	37.02.02	□	
Widersprüche (Sozialhilfe/Unterhaltssicherung für Wehrpflichtige, Zivildienstleistende etc.)	37.02.03	□	
Entscheidungen über Vorlagen nach § 59 LHO	37.02.04	□	
Stellungnahme zu Petitionen, Beantwortung von Eingaben	37.02.05	□	
Kostenerstattungen	37.02.06	□	
Zentrale Mittelbewirtschaftung	37.02.07	□	
Alten- und Familienpflege, Sozialarbeiter, Sozial- und Heilpädagogen			

Aufgaben	Produkt		
Angelegenheiten der Fachseminare für Alten-/ Familienpflege	37.03.01	K	
Prüfungsangelegenheiten Alten-/Familienpflege	37.03.02	K	
Entscheidungen über die Anerkennung von Praktikumsstellen und Anträge zu den Berufspraktika	37.03.03	K	
Entscheidungen über Anträge auf berufliche Anerkennung, Prüfung und Entscheidung über die Gleichwertigkeit ausländischer Bildungsabschlüsse	37.03.04	K	
Sonstige Förderungen	37.03.05	K	
Stellungnahmen zu Petitionen, Beantwortung von Eingaben	37.03.06	K	
Heimaufsicht, Pflegedienste, Einrichtungen der Kurzzeitpflege, vollstationäre Einrichtungen			
Entscheidungen im Rahmen der allgemeinen Rechtsaufsicht	37.04.01	K	
Befreiung von Pflege-Buchführungs-Verordnung	37.04.02	K	
Angelegenheiten der Schiedsstelle nach § 94 BSHG	37.04.03	K	nur Köln und Münster
Angelegenheiten der Schiedsstelle nach § 76 SGB XI	37.04.04	K	nur Köln
Schuldner- und Insolvenzberatung			
Entscheidungen über Förderungen von Fachberatern für die Schuldnerberatung	37.05.01	K	nur Düsseldorf
Entscheidungen über die Anerkennung geeigneter Stellen für die Verbraucherinsolvenzberatung	37.05.02	K	
Entscheidungen über die Förderung geeigneter Stellen für die Verbraucherinsolvenzberatung	37.05.03	K	
Lastenausgleich - Fachaufsicht			
		38	nur Münster
Geschäftsprüfungen bei den Ausgleichsämtern im Lande NRW	38.01.01	□	
Sachentscheidungen der Außenstelle des Landeslastenausgleichsamtes	38.01.02	□	
Lastenausgleich - Beschwerdeverfahren			
Entscheidungen über Beschwerden gegen Bescheide der Lastenausgleichsämter	38.02.01	□	nur Münster
Schule			
Ausbildungsförderung und Aufstiegsfortbildung in NRW			
		40	nur Köln
Ausbildungsförderung für eine Ausbildung im Ausland	40.01.01	□	
Aufstiegsfortbildungsförderung	40.01.02	□	
Fachaufsicht	40.01.03	K	
Schul- und hochschulfachliche Angelegenheiten	40.01.04	K	
Haushalt	40.01.05	K	
Stellungnahmen zur Rechnungsprüfung bei den Ämtern für Ausbildungsförderung und den Studentenwerken	40.01.06	K	
Organisation von Schulungsmaßnahmen für die Bediensteten der Ämter für Ausbildungsförderung und der Studentenwerke	40.01.07	□	

Zum 01.08.2006 wird das Dezernat „4Q“ – Qualitätsanalyse an Schulen – eingerichtet. Nach der Vorgabe des Konzeptes „4Q“ sind die Aufgaben mit dem vorhandenen Personalbestand der Schulaufsicht zu erledigen. Dieses belastet die Schulaufsicht erheblich und war neben der Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen zu berücksichtigen.

Aufgaben	Produkt		
Qualitätsanalyse an Schulen			
Qualitätsanalyse an Schulen	4Q.01.01	4Q	
		K	
Schulentwicklung			
Berichte an das MSW	41.01.01	41	
Dialog zwischen Schulen und Schulaufsicht	41.01.02	K	
Personalentwicklungsgespräche	41.01.03	K	
Dialoge zum Schulprogramm	41.01.04	K	
Schulleiter-Dienstbesprechungen	41.01.05	K	
Kooperation zwischen Schulen und regionaler Steuergruppe	41.01.06		
Schulinspektionen	41.01.07	K	
Personalführung- und entwicklung			
Beurteilungen	41.02.01	K	Beurteilungen 1. Beförderungsamt auf Schulleitungen
Fachliche Stellungnahmen an andere Dezernate	41.02.02	K	
Revisionsverfahren zur Besetzung von Funktionsstellen	41.02.03	K	
Feststellung der Eignung für den Auslandsschuldienst	41.02.04		
Gleichstellung, Frauenförderung	41.02.05		
Ressourcenmanagement im Bereich von Personal und Sachmitteln			
Entscheidungen über fachspezifischen Personalbedarf an Schulen	41.03.01		
Fachliche Stellungnahmen an andere Dezernate bzw. an Dritte	41.03.02	K	
Schulorganisation und Förderung des Schulbaus und der Ausstattung von Schulen, Studienseminaren und Prüfungsämtern			
Fachliche Stellungnahmen an Dezernat 48 und Schulträger	41.04.01	K	
Bearbeitung der rechtlichen Dimension von schulischer Arbeit			
Fachliche Stellungnahmen an andere Dezernate	41.05.01	K	
Widersprüche gegen Entscheidungen der Schulen und Schulämter in Schülerfragen	41.05.02		
Entscheidungen über Fachaufsichtsbeschwerden	41.05.03	K	
Entscheidungen über Genehmigungen und Anerkennungen	41.05.04	K	
Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs und zur Festlegung des Förderortes	41.05.05	K	
Stellungnahmen zu Petitionen/ Beantwortung von Eingaben	41.05.06	K	
Maßnahmen zur Bildungs- und Erziehungsarbeit (u.a. Curriculumentwicklung und -implementation)			
Festlegung von Qualitätsstandards im Bereich sonderpädagogischer Förderungen	41.06.01		
Entwicklung und Implementation von Curricula	41.06.02	K	
Entscheidungen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schulen	41.06.03	K	
Fachliche Zusammenarbeit mit dem Dezernat 46 in Fragen der Lehreraus- und -fortbildung	41.06.04		

Aufgaben	Produkt		
Entscheidungen im Bereich von Planung, Organisation und Unterricht	41.06.05	□	
Entscheidungen über die Frühförderung für behinderte Schüler (insb. Sinngeschädigte)	41.06.06	□	
Entscheidungen über die Förderung bei besonderer Begabung	41.06.07	K	
Externe Evaluation der schulischen Arbeit zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung durch Parallelarbeiten	41.06.08	K	
Schulformspezifische Entscheidungen bei Realschulen	41.06.09	K	im Rahmen der eigenverantwortlichen Schulen
Schulformspezifische Entscheidungen bei Gymnasien incl. Ersatzschulen	41.06.10	K	
Schulformspezifische Entscheidungen bei Gesamtschulen	41.06.11	K	
Schulformspezifische Entscheidungen bei Berufskollegs	41.06.12	K	
Schulformspezifische Entscheidungen bei Sonderschulen (Schulen für Sinngeschädigte, Berufskollegs, Waldorfsonderschulen)	41.06.13	K	
Aufsicht über und schulformspezifische Entscheidungen bei allgemeinen Waldorfschulen	41.06.14	K	
Koordination von Projekten und Schulversuchen	41.06.15	□	
Sonstige Entscheidungen/schulformübergreifende Generalitätätigkeiten im Rahmen der Maßnahmen zur Bildungs- und Erziehungsarbeit			
Koordinierung aller schulfachlichen Projekte und Vorhaben im Bereich "Politische Bildung"	41.07.01	□	
Entscheidungen im Rahmen des Deutsch-Französischen Lehreraustauschprogrammes	41.07.02	K	nur Düsseldorf
Angelegenheiten der Medienerziehung	41.07.03	□	
Koordinierung des Gemeinsamen Unterrichts behinderter und nicht behinderter Kinder	41.07.04	K	
Fachaufsicht der Schulen	41.07.05	K	
Koordinierung der Maßnahmen des Hausunterrichts	41.07.06	K	
Entscheidungen über Zuwendungen im Rahmen des Initiativprogramms "Mädchen an Schulen"	41.07.07	□	
Eingliederung von Migranten	41.07.08	K	
Weiterentwicklung und Koordinierung der regionalen Schulberatungsstellen (schulpsychologischer Dienst) und Beratung in den Schulen	41.07.09	□	
Ausschreibung, Vergabe und Kontrolle der finanziellen Mittel und der Stundenbudgets im Rahmen der landesweiten Maßnahme "Gestaltung des Schullebens und Öffnung der Schule"	41.07.10	□	
Zirkusschule, Beschulung beruflich Reisender	41.07.11	K	
Angelegenheiten der Gesundheitserziehung einschließlich Sucht- und Gewaltvorbeugung	41.07.12	□	
Angelegenheiten der Verkehrserziehung	41.07.13	□	
Feststellung der Eignung für den Auslandsschuldienst	41.07.14	□	
Koordinierung des pädagogischen Austausches mit den Niederlanden	41.07.15	K	
Koordination der Maßnahmen im Rahmen des Zeitbudgets	41.07.16	K	
Schülervertretungen	41.07.17	K	
Schülerzeitungen	41.07.18	□	
Landesentsdeprogramm: NRW-MOE/GUS/Türkei (landesweit) (Mittel-Ost-Europa, Gem. unabhängiger Staaten, Türkei)	41.07.19	K	
Ausstattung der Schulen mit Verwaltungsrechnern und Übertragung der Amtlichen Schuldaten und Statistiken	41.07.20	□	

Aufgaben	Produkt		
Kooperation mit Schulträgern, staatl. Prüfungsämtern sowie sonstigen Beteiligten in ihrem regionalen Umfeld			
Fachliche Entscheidungen und Beratungen in Angelegenheiten von Kammern	41.08.01	K	
Fachliche Entscheidungen und Beratungen in Angelegenheiten der Arbeitsverwaltung	41.08.02	K	
Fachliche Stellungnahmen in Angelegenheiten der Schulträger	41.08.03	K	
Fachliche Stellungnahmen in Angelegenheiten der Jugendhilfe	41.08.04	K	
Sonstige Entscheidungen und andere schulformübergreifende Generalistätigkeiten im Rahmen der Kooperation mit Schulträgern			
Projekt "Vernetzung Schule und Wirtschaft"	41.09.01	□	
Ausstattung der Schulen mit Verwaltungsrechnern und Übertragung der Amtlichen Schuldaten und Statistiken	41.09.02	□	
Koordinierung der Maßnahmen des Arbeitsschutzes	41.09.03	□	
Mitwirkung bei der Organisation und Durchführung von Sprachfeststellungsprüfungen	41.09.04	K	
Fachliche Begleitung des Programms "Verbesserung des Übergangs in Ausbildung und Beruf"	41.09.05	□	
Fachliche Begleitung der Programme der Ganztagsbetreuung einschließlich Silentien	41.09.06	□	
Lehrerausbildung		46	
Lehrerausbildung in den Studienseminaren und an den Schulen	46.01.01	K	
Qualifizierungsmaßnahmen für Ausbilderinnen und Ausbilder an Studienseminaren und Schulen	46.01.02	K	
Anerkennung von Lehramtsprüfungen	46.01.03	□	
Fachliche Stellungnahmen im Bereich der Lehrerausbildung	46.01.04	K	
Lehrerfort- und weiterbildung			
Aufsicht über die Lehrerfort- und -weiterbildung der Schulämter	46.02.01	□	
Inhaltliche Planung von regionalen, bezirks- und/oder schulamtsübergreifenden Lehrerfort- und -weiterbildungsangeboten	46.02.02	K	
für Bereitstellung der Projektmittel für Lehrerfortbildung die einzelnen Schulen und Seminare	46.02.03	K	
Personalmanagement in der Lehrerfort- und -weiterbildung (Moderatorinnen und Moderatoren)	46.02.04	K	
Durchführung von Lehrerfort- und -weiterbildungsveranstaltungen	46.02.05	□	
Nationale und internationale Kooperation bei Lehrerfort- und -weiterbildung	46.02.06	K	
Stellenplanangelegenheiten		47	
Stellenplanangelegenheiten	47.01.01	K	
Lehrkräfte und Sonstige (Psych., Sem. -Leiter, Schulräte)			
Koordination des landesweiten Lehrereinstellungsverfahrens	47.02.01	K	
Entscheidungen über die Begründung von Dienst- und Beschäftigungsverhältnissen	47.02.02	K	
Entscheidungen über die Beendigung von Dienst- und Beschäftigungsverhältnissen	47.02.03	K	
Entscheidungen über die Veränderungen von Dienst-/ Beschäftigungsverhältnissen	47.02.04	K	

Aufgaben	Produkt		
Betreuung von Dienst-/Beschäftigungsverhältnissen	47.02.05	K	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	47.02.06	K	
Tätigkeiten im Rahmen des Projekts "Geld aus Stellen"	47.02.07	K	
Vorbereitungsdienst			
Entscheidungen über Einstellungen	47.03.01	K	
Entscheidungen über die Beendigung von Dienstverhältnissen	47.03.02	K	
Entscheidungen über die Veränderung von Dienstverhältnissen	47.03.03	K	
Betreuung von Dienstverhältnissen	47.03.04	K	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	47.03.05	K	
Schulrecht			48
Entscheidungen im Rahmen der Schulpflicht	48.01.01	K	
Entscheidungen im Bereich Leistungsbeurteilung und Schullaufbahnen	48.01.02	K	
Entscheidungen über Ansprüche aus Amtspflichtverletzungen	48.01.03	K	
Anerkennung von Bildungsabschlüssen	48.01.04	K	
Entscheidungen über Zulassungsanträge für ausländische Studierende	48.01.05	K	nur Düsseldorf
Ordnungsmaßnahmen (z.T. Widersprüche)	48.01.06	K	
Entscheidungen über Beschlüsse der Mitwirkungsgremien	48.01.07	K	
Schulorganisation			
Entscheidungen im Rahmen der Schulorganisation	48.02.01	K	
Entscheidungen über Beschlüsse der Mitwirkungsgremien	48.02.02	K	
Förderangelegenheiten			
Förderung von Schulen aufgrund von Sonderprogrammen und Abwicklung alter Schulbauprogramme	48.03.01	K	
Kirchensachen			
Entscheidungen zu Kirchenangelegenheiten	48.04.01	K	
Wirtschaftliche Angelegenheiten der Lehrkräfte/Schulen			
Entscheidungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten der Lehrkräfte an öff. Schulen	48.05.01	□	
Entscheidungen über Zuschüsse	48.05.02	□	
Entscheidungen über Kostenerstattungen	48.05.03	□	
Bewirtschaftungsangelegenheiten des nachgeordneten Bereichs	48.05.04	□	
Ersatzschulangelegenheiten			
Entscheidungen über Ersatzschulerrichtungen, änderungen- und -schließungen	48.06.01	K	
Entscheidungen über Anzeigen des Lehrkräfteeinsatzes sowie über Unterrichts- und Funktionsgenehmigungen	48.06.02	K	
Entscheidungen über Refinanzierungszusagen	48.06.03	K	
Entscheidungen über Haushaltspläne, Abschlagszahlungen und Jahresrechnungen	48.06.04	K	
Ergänzungsschulen und außerschulische Einrichtungen			
Ergänzungsschulen	48.07.01	K	

Aufgaben	Produkt		
Außerschulische Einrichtungen/freie Unterrichtseinrichtungen	48.07.02	K	
Verwaltungstechnische Umsetzung und Unterstützung schulfachlicher Themen			
Prüfungsangelegenheiten	48.08.01	K	
Sonstige Maßnahmen	48.08.02	K	
Informations- und Serviceangebote			
Amtliches Schulblatt	48.09.01	K	
Information und Service (auch Schultelefon)	48.09.02	K	
Kunst- und Kulturpflege			49
Entscheidungen ohne Zuwendungen im Bereich der Kunst- und Kulturpflege	49.01.01	K	
Zuwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur	49.01.02	K	
Sport			
Sportentwicklung	49.02.01	K	
Schulsport, Bewegung, Spiel und Sport in der Schule	49.02.02	K	
Sportstättenentwicklung/Sportstättenbau	49.02.03	□	
Ausbildung zur/zum Fachangestellten bzw. Meister für Bäderbetriebe	49.02.04	□	nur Düsseldorf
Öffentliche Bibliotheken			
Beratung und Entscheidung in Angelegenheiten öffentlicher Bibliotheken	49.03.01	□	
Zweiter Bildungsweg			
Qualitätsentwicklung und -sicherung an Schulen mit Systemberatung sowie Systemüberprüfung	49.04.01	K	
Entscheidungen über Genehmigungen/Anerkennungen	49.04.02	K	
Nichtschülerabiturprüfungen	49.04.03	K	
Sonstige Leistungen bzgl. des zweiten Bildungsweges	49.04.04	K	
Weiterbildung			
Entscheidungen zur Weiterbildung	49.05.01	K	
Internationaler Austausch			nur Düsseldorf
Angelegenheiten der Lehreraustausche, Hospitationen, Fortbildungskurse im Ausland und Sonderprogramme	49.06.01	K	
Entscheidungen über und Organisation von Schüleraustauschprogrammen in landesweiter Zuständigkeit	49.06.02	K	
Angelegenheiten des Fremdsprachenassistentenaustausches in landesweiter Zuständigkeit	49.06.03	K	
Angelegenheiten der Schulpartnerschaften (Betreuung der Schulen, Vermittlung der Partnerschaften etc.) in landesweiter Zuständigkeit	49.06.04	K	
Angelegenheiten des Europäischen Bildungsprogramms SOKRATES, Aktion COMENIUS	49.06.05	K	
Voten zu Anträgen auf Zuweisung eines Stipendiums zur Teilnahme an Europäischen Studienbesuchen im Rahmen des Europäischen Bildungsprogramms SOKRATES, Aktion ARION	49.06.06	K	

Aufgaben	Produkt		
Finanzierung der Weiterbildung			
Entscheidungen über Förderung nach dem Weiterbildungsgesetz	49.07.01	K	
Beratungen der Weiterbildungseinrichtungen (Wirksamkeitsdialog)	49.07.02	K	
Tiergesundheit			
			50
Entscheidungen in Angelegenheiten der Tierseuchenbekämpfung	50.01.01	K	
Angelegenheiten der Tierkörperbeseitigung	50.01.02	K	
Tierschutzangelegenheiten	50.01.03	K	
Entscheidungen über Widersprüche gegen Erstentscheidungen nachgeordneter Behörden (Tiergesundheit)	50.01.04	□	
Fachaufsicht/Koordination einer einheitlichen Rechtsanwendung, Krisenmanagement (Tiergesundheit)	50.01.05	K	
Stellungnahmen (Tiergesundheit) einschl. Petitionen	50.01.06	K	
Verbraucherschutz			
Entscheidungen in Angelegenheiten der Tierarzneimittel und Impfstoffüberwachung	50.02.01	K	
Entscheidungen in Angelegenheiten der Futtermittelüberwachung	50.02.02	K	
Entscheidungen im Bereich der Schlachttier- und Fleischhygiene sowie Geflügelfleischhygiene	50.02.03	K	
Angelegenheiten der Lebensmittelüberwachung, Bedarfsgegenstände, Kosmetika und Tabakerzeugnisse	50.02.04	K	
Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	50.02.05	K	
Berufs- und Standesrecht	50.02.06	□	
Entscheidungen in Angelegenheiten der Produktsicherheit	50.02.07	K	
Entscheidungen über Widersprüche gegen Erstentscheidungen nachgeordneter Behörden (Verbraucherschutz)	50.02.08	□	
Fachaufsicht/Koordination einer einheitlichen Rechtsanwendung, Krisenmanagement (Verbraucherschutz)	50.02.09	K	
Stellungnahmen (Verbraucherschutz) einschl. Petitionen	50.02.10	K	
Fachliche Grundsatzarbeiten			
Mitarbeit in Gremien und sonstigen Arbeitsgruppen	50.03.01	□	
Landschaft			
			51
Entscheidungen hinsichtlich der besonders geschützten Teile von Natur und Landschaft	51.01.01	K (Grundsatzarbeit, FFH)	
Entscheidungen über die Genehmigung von Landschaftsplänen und Landschaftsplanänderungen	51.01.02	K	
Erwerb von Flächen für Zwecke des Naturschutzes sowie Verwaltung der landeseigenen Grundstücke	51.01.03	K	Verwaltung der landeseigenen Grundstücke
Abwicklung der Verfahren bei Entscheidungen über sonstige Abgrabungen	51.01.04	□	
Sonstige Entscheidungen nach dem Landschaftsgesetz	51.01.05	□	
Entscheidungen über Fördermaßnahmen	51.01.06	K	
Entscheidungen über Widersprüche	51.01.07	□	
Fachliche Stellungnahmen	51.01.08	K	
Artenschutz	51.01.09	□	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	51.01.10	K	

Aufgaben	Produkt		
Geschäftsführung für den Beirat bei der Höheren Landschaftsbehörde	51.01.11	□	
Gremien- und Projektarbeit	51.01.12	□	
Maßnahmen und Entscheidungen im Rahmen der Fachaufsicht über die nachgeordneten Behörden	51.01.13	K	
Leitung der Ausbildung der Landespflegereferendare	51.01.14	□	nur Arnsberg und Köln
Fischerei			
Entscheidungen über den Erlass ordnungsbehördlicher Verordnungen	51.02.01	K	
Entscheidungen über Förderungen im Bereich Fischerei und fischereirechtliche Ausgleichsmaßnahmen sowie über die Verwendung von Sondermitteln	51.02.02	K	
Entscheidungen nach dem Landesfischereigesetz/ Ausnahmegenehmigungen nach der Landesfischereiordnung	51.02.03	K	
Entscheidungen über Widersprüche gegen Entscheidungen der unteren Fischereibehörden	51.02.04	□	
Fachliche Stellungnahmen für Dritte, für andere Dezernate	51.02.05	K	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	51.02.06	K	
Maßnahmen und Entscheidungen im Rahmen der Fachaufsicht über die nachgeordneten Behörden	51.02.07	K	
Betreuung von/Mitarbeit in Gremien für fischereifachliche Programme (z.B. Wanderfischprogramm)	51.02.08	K	
Abfallwirtschaftsplanung			52
Erstellung und Fortschreibung von Abfallwirtschaftsplänen	52.01.01	K	
Umsetzung der Abfallwirtschaftsplanung	52.01.02	K	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	52.01.03	K	
Abfallstromkontrolle			
Entscheidungen über die Bestätigung von Entsorgungsnachweisen	52.02.01	K	
Entscheidungen über Freistellungen	52.02.02	K	
Entscheidung über die Vergabe von Entsorger-, Nachweis- und Befördernummern	52.02.03	K	
Entscheidung über Transportgenehmigungen und Maklergenehmigungen	52.02.04	□	
Grenzüberschreitende Abfallverbringung	52.02.05	K	
Entscheidung über die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	52.02.06	K	
Überwachung der Abfallströme	52.02.07	K	
Fachliche Stellungnahmen für Dritte, für andere Dezernate	52.02.08	K	

Zaunprinzip

Die Zuständigkeitsverteilung im Rahmen der Zaunlösung zwischen Kreis/kreisfreier Stadt und der staatlichen Mittelinstanz beurteilt sich danach, ob eine für die Umwelt bedeutsame Anlage nach dem Immissionsschutz vorliegt. Unter dem Gesichtspunkt „eine Anlage, eine Behörde“ folgt die Zuständigkeit für Entscheidungen hinsichtlich der klassischen Umweltbelange im Abfallrecht, Bodenschutzrecht, Landschaftsrecht, Wasserrecht als Annex anlagenbezogen der Zuständigkeit nach dem Immissionsschutzrecht. Beispiel:

Müllverbrennungsanlage = bedeutsame Anlage = Mittelinstanz ist zuständig von der Genehmigung bis zur Überwachung

oder

Schweinemastbetrieb = keine bedeutsame Anlage = Kreis ist zuständig von der Genehmigung bis zur Überwachung.

Aufgaben	Produkt		
Abfallbehandlung, Abfalllagerung, Abfallablagerung			
Entscheidung über die Zulassung/Änderung von Deponien im förmlichen Verfahren	52.03.01	K	
Entscheidung über die Zulassung/Änderung von Deponien im nichtförmlichen Verfahren	53.03.02	K	
Entscheidungen über Anordnungen	53.03.03	K	
Entscheidungen über die Zulassung/Änderung von Anlagen zur Lagerung und Behandlung von Abfall im förmlichen Verfahren	52.03.04	K	
Entscheidungen über die Zulassung/Änderung von Anlagen zur Lagerung und Behandlung von Abfall im vereinfachten Verfahren	52.03.05	K	
Entscheidungen über Zustimmungen zur Annahme von Abfall über die Zulassungsgenehmigung hinaus	52.03.06	K	
Entscheidungen über Laborzulassungen	52.03.07	K	
Entscheidungen über Widersprüche gegen Entscheidungen nachgeordneter Behörden	52.03.08	□	
Stellungnahmen im Rahmen des Zertifizierungsverfahrens (für Entsorgungsfachbetriebe)	52.03.09	K (Zaunprinzip)	
Entscheidung über die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	52.03.10	K (Zaunprinzip)	
Mitwirkung bei sonstigen Zulassungen/Fachliche Stellungnahmen	52.03.11	K (Zaunprinzip)	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	52.03.12	K	
Bodenschutz, Altlasten			
Entscheidungen über die Anordnung von Maßnahmen zur Gefahermittlung und -abwehr	52.04.01	□	
Entscheidungen über Sanierungspläne (bei ehem. Deponien, die von Kreisen und kreisfreien Städten betrieben wurden)	52.04.02	□	
Entscheidungen über Förderungen (Zuwendungen) an Kreise, kreisfreie Städte und Gemeinden im Bereich Altlasten, Entscheidungen über Förderungen (Bodenschutz)	52.04.03	K	
Entscheidungen über Widersprüche gegen Ordnungsverfügungen der Kommunen	52.04.04	□	
Entscheidung über die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	52.04.05	□	
Fachliche Stellungnahmen	52.04.06	K	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	52.04.07	K	
Sonstige Aufgaben			
Entscheidungen über andere Förderungen außer Altlasten (Zuwendungen)	52.05.01	K	
Maßnahmen und Entscheidungen im Rahmen der Fachaufsicht	52.05.02	K	
Wahrnehmung allgemeiner Aufgaben	52.05.03	K	
Bearbeitung von Anfragen, Beschwerden und sonstigen Anträgen/Angelegenheiten	52.05.04	K	
Allgemeiner Straßenverkehr			
Entscheidungen über Zuwendungen a) Verkehrssicherheitstage der Kommunen b) Institutionelle Förderung des Personal- und Sachhaushaltes sowie diverser Projekte der Landesverkehrswacht	53.01.01	53	
Entscheidungen über Widersprüche gegen Entscheidungen der Kommunen nach der StVO/StVZO	53.01.02	□	

Aufgaben	Produkt		
Genehmigungen/Erlaubnisse/ Zustimmungen nach der StVO/StVZO	53.01.03	□	
<i>Entscheidungen über Ausnahmegenehmigungen nach der StVO - Vergabe von Tarnkennzeichen</i>	53.01.03.02	K	nur Düsseldorf
<i>Entscheidungen über Zustimmung zur Durchführung von Großraum- und Schwertransporten</i>	53.01.03.04	K	
Verkehrrechtliche Anordnungen/Zustimmungen	53.01.04	K	
Fachliche Stellungnahmen	53.01.05	K	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	53.01.06	K	
Durchführung von Verkehrsschauen auf Bundesautobahnen	53.01.07	K	
Vorbereitung und Durchführung der Sitzungen der Unfallkommission für Bundesautobahnen	53.01.08	K	
Sonstige Maßnahmen gegenüber den Straßenverkehrsämtern im Rahmen der Fachaufsicht	53.01.09	K	
Verkehrsbeeinflussungsanlagen auf Bundesautobahnen	53.01.10	K	
Fahrerlaubnis-/ Fahrlehrerrecht, Kfz.-Sachverständige			
Fahrerlaubnis-/Fahrlehrerrecht	53.02.01	□	
Durchführung von Fahrlehrerprüfungen	53.02.02	□	nur Detmold und Köln
Entscheidungen über die Anerkennung von Kfz.-Sachverständigen	53.02.03	□	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	53.02.04	□	
Entscheidungen über Widersprüche in Fahrschulaufsichtsangelegenheiten	53.02.05	□	
Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren - Straßen -			
Abgabeberichte/Abschlussberichte im Rahmen von Planfeststellungsverfahren für den Neu-, Um- oder Ausbau von Straßen nach dem FStrG	53.03.01	K	
Planfeststellungsbeschlüsse für den Neu-, Um- oder Ausbau von Straßen nach dem StrWG NW	53.03.02	K	
Plangenehmigungen für Neu-, Um- oder Ausbau von Straßen nach dem StrWG NRW	53.03.03	K	
Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren - Leitungswege -			
Planfeststellungsbeschlüsse für die Errichtung und den Betrieb sowie Änderung von Hochspannungsfreileitungen und Gasversorgungsleitungen nach dem EnWG	53.04.01	K	
Plangenehmigung für die Errichtung und den Betrieb sowie Änderung von Hochspannungsfreileitungen und Gasversorgungsleitungen nach dem EnWG	53.04.02	K	
Negativbescheide für die Errichtung und den Betrieb sowie Änderung von Hochspannungsfreileitungen und Gasversorgungsleitungen nach dem EnWG	53.04.03	K	
Entscheidungen in Straßen- und Wegeangelegenheiten			
Entscheidungen in Straßen- und Wegeangelegenheiten	53.05.01	K	
Fachliche Stellungnahmen für Dritte/andere Dezernate	53.05.02	K	
Angelegenheiten des Güterkraftverkehrs; Internationaler Güterkraftverkehr			
Angelegenheiten des Güterkraftverkehrs; Internationaler Güterkraftverkehr	53.06.01	□	nur Düsseldorf

Aufgaben	Produkt		
Hafenangelegenheiten			
Hafenangelegenheiten	53.07.01	K	
a) Erlass von Hafenverordnungen			
Hafenangelegenheiten	53.07.01	K	
b) Aufsicht über Hafenbehörden			
Hafenangelegenheiten	53.07.01	K	
c) Erlass von Ordnungsbehördlichen Verordnungen für die Wasserstraße Ruhr			
Hafenangelegenheiten	53.07.01	K	
d) Genehmigung von Fährbetrieben			
Seemannsämtler			
Seemannsämtler	53.08.01	□	nur Düsseldorf bereits weggefallen
Angelegenheiten der zivilen Verteidigung im Verkehrsbereich			
Angelegenheiten der zivilen Verteidigung im Verkehrsbereich	53.09.01	K	
Luftfahrtangelegenheiten			
Teilnahme an Sitzungen der Fluglärmkommission/Bearbeitung von Eingaben und Beschwerden	53.10.01	K	nicht Düsseldorf und Münster
Abgabe von Stellungnahmen in luftaufsichtlichen Verfahren an die Bezirksregierungen Düsseldorf und Münster	53.10.02	K	
Luftreinhaltepläne			
Entscheidungen über die Aufstellung von Luftreinhalteplänen (einschl. Überwachung und Umsetzung)	53.11.01	K	nicht Amsberg
Schutz der Gewässer/ Wasserentnahme/ Wasserversorgung		54	
Entscheidungen zu Wasserentnahmen > 600.000 m ³ /h	54.01.01	K	Mengenregelung wird überprüft
Entscheidungen über Anzeigen der Planung zur Errichtung oder wesentlichen Änderung einer Aufbereitungsanlage für die öffentliche Trinkwasserversorgung	54.01.02	□	
Entscheidungen über Anträge auf Zulassung der Durchführung der Untersuchungen zur Selbstüberwachung	54.01.03	□	
Angelegenheiten der Wasser- und Heilquellenschutzgebiete	54.01.04	K	
Entscheidungen über Widersprüche gegen Entscheidungen der unteren Wasserbehörden und der Staatlichen Umweltämter	54.01.05	□	
Angelegenheiten des Umgangs mit wassergefährdenden Stoffen	54.01.06	K (Zaunprinzip)	
Entscheidungen über Errichtung und Betrieb von Rohrleitungsanlagen	54.01.07	K	
Stellungnahmen für andere Dezernate und Dritte (inkl. Petitionen)	54.01.08	K	
Abwassereinleitung/ Abwasserbeseitigung			
Abwassereinleitung/ Abwasserbeseitigung	54.02.01	K (Zaunprinzip)	
Entscheidungen über Anlagen zur Abwasserbeseitigung und zur Abwasserbeseitigungspflicht sowie Einleitungen > 200 m ³ /2h	54.02.01	K	Mengenregelung wird überprüft
Entscheidungen über Einleitungen in Oberflächengewässer	54.02.02	K (Zaunprinzip)	

Aufgaben	Produkt		
Entscheidungen über Einleitungen in Oberflächengewässer > 200m ³ /2h (Mischwasser und Schmutzwasser)	54.02.02 a)	K	Mengenregelung wird überprüft
Entscheidungen über Einleitungen in Oberflächengewässer: Niederschlagswassereinleitungen insgesamt (ohne Mischwasser)	54.02.02 b)	□	
Kanalnetzanzeigen, soweit BR für die Einleitung zuständig ist, sowie Prüfung von Abwasserbeseitigungskonzepten	54.02.02 c)	K	
Widersprüche (Abwassereinleitung/Abwasserbeseitigung)	54.02.03	□	
Stellungnahmen für andere Dezernate und Dritte (inkl. Petitionen)	54.02.04	K	
Hochwasserschutz/ Talsperren/ Gewässerökologie			
Entscheidungen über die Herstellung, Beseitigung oder wesentliche Umgestaltung von Gewässern I. Ordnung und deren Hochwasserschutzanlagen	54.03.01	K	
Entscheidungen über den Bau und Betrieb von Talsperren, Rückhalte- und Sedimentationsanlagen und künstliche Wasserspeicher	54.03.02	K	
Erlass von Regelungen zum Gemein- und Anliegergebrauch	54.03.03	□	
Entscheidungen im Rahmen der Deichschutzverordnung	54.03.04	K	
Festsetzung von Überschwemmungsgebieten	54.03.05	K	
Entscheidungen über den Erlass oder die Änderung von Hochwassermeldeordnungen	54.03.06	K	
Entscheidungen im Zusammenhang mit der Gewässerunterhaltung	54.03.07	K (1. Ordnung)	
Entscheidungen über das Außerbetriebnehmen, das Beseitigen und die Änderung von Benutzungsanlagen	54.03.08	K (1. Ordnung)	
Koordinierung und Steuerung von Gewässer- und Auenprogrammen	54.03.09	K	
Entscheidungen über Widersprüche gegen Entscheidungen der unteren Wasserbehörden/Staatlichen Umweltämter	54.03.10	□	
Stellungnahmen für andere Dezernate und Dritte (inkl. Petitionen)	54.03.11	K	
Allgemeine Wasserwirtschaft			
Verfahren und Entscheidungen in Angelegenheiten der Wasser- und Bodenverbände	54.04.01	K (nur kreisgrenzen-überschreitende Verbände)	
Entscheidungen zu Förderangelegenheiten	54.04.02	K	
Entscheidungen über Einvernehmenserklärungen für Gewässerbenutzungen (gegenüber Bergbehörden)	54.04.03	K	
Entscheidungen über Ordnungswidrigkeiten	54.04.04	K	
Stellungnahmen für andere Dezernate und Dritte (inkl. Petitionen)	54.04.05	K	
Maßnahmen und Entscheidungen im Rahmen der Fachaufsicht über die unteren Wasserbehörden/Staatlichen Umweltämter	54.04.06	K	
Angelegenheiten des Wasserbuches	54.04.07	K	
Teilnahme an Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen	54.04.08	□	als Produkt streichen
Grünes Telefon	54.04.09	□	
Warndienst Rhein (Internationale Rheinmeldezentrale)	54.04.10	K	nur Düsseldorf
Mitarbeit in der deutsch-niederländischen Grenzgewässerkommission	54.04.11	K	nur Düsseldorf, Köln und Münster

Aufgaben	Produkt		
Sonderaufgabe Emscherumbau	54.04.12	K	nur Münster
Ausbildung der Umweltreferendare	54.04.13	□	
Koordinierung der Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie	54.04.14	K	
Koordinierung über die Erteilung von Auskünften nach dem Umweltinformations- und Informationsfreiheitsgesetz	54.04.15	K	
Verwaltung der landeseigenen Gewässer	54.04.16	K	Vollzug kann auf Dritte (Wasserverbände) übertragen werden
Arbeitsschutz		55	
Erstinstanzliche Entscheidungen zur Gerätesicherheit, insbesondere zu überwachungsbedürftigen Anlagen	55.01.01	K	
Erstinstanzliche Entscheidungen zum Strahlenschutz	55.01.02	K	
Erstinstanzliche Entscheidungen zu Gefahrstoffen	55.01.03	K	
Ausnahmen nach dem Arbeitszeitgesetz	55.01.04	K	
Entscheidungen über Anträge auf Ausnahmen vom Kündigungsverbot im Mutterschutz/Elternzeit	55.01.05	□	
Management von Bezirksprogrammen/Landesprogrammen	55.01.06	K	
Mittelbewirtschaftung im Jugendarbeitsschutzgesetz	55.01.07	□	
Fachliche und juristische Stellungnahmen	55.01.08	K	
Fachaufsichtliche Maßnahmen gegenüber den Staatlichen Ämtern für Arbeitsschutz im Bezirk, soweit nicht anderen Produkten zuzuordnen	55.01.09	□	
Immissionsschutz		56	
Entscheidungen über Anträge für genehmigungsbedürftige Anlagen	56.01.01	K (Zaunprinzip)	
Fachliche Stellungnahmen	56.01.02	K (Zaunprinzip)	
Entscheidungen über Widersprüche gegen Entscheidungen nachgeordneter Behörden	56.01.03	□	
Anfragen und Beschwerden (auch Grünes Telefon)	56.01.04	K	Wegfall des Grünen Telefons
Fachaufsichtliche Maßnahmen , soweit nicht andern Produkten zugeordnet	56.01.05	K	
Förderangelegenheiten	56.01.06	K	
Ausnahmeanträge nach § 7 Abs. 2 der 32. BImSchV (Geräte und Maschineneinsatz in Wohngebieten)	56.01.07	□	
Entscheidungen über Aufstellung von Luftreinhalte-/Aktionsplänen, Überwachung und Umsetzung	56.01.08	K	
Förderangelegenheiten		57	
Entscheidungen über Förderungen des kommunalen Straßen- und Radwegebaus	57.01.01	K	
Erstellung von Beschlussvorlagen für den Regionalrat (einschl. Vorbereitung und Durchführen von Vorträgen in den Gremien)	57.01.02	K	
Fachliche Stellungnahmen für Dritte/andere Dezernate	57.01.03	K	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	57.01.04	K	
Straßenpläne und -programme			
Mitwirkung bei der Fortschreibung bzw. Aufstellung der Bedarf- und Ausbaupläne des Bundes und des Landes	57.02.01	K	

Aufgaben	Produkt		
Mitwirkung bei der Aufstellung der jährlichen Landesstraßenbauprogramme	57.02.02	K	
Erstellung von Beschlussvorlagen für den Regionalrat	57.02.03	K	
Fachliche Stellungnahmen für Dritte/für andere Dezernate	57.02.04	K	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	57.02.05	K	
Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen			
Abwicklung von EKrG-Maßnahmen kommunaler Baulasträger	57.03.01	K	
Fachliche Stellungnahmen für Dritte/für andere Dezernate	57.03.02	K	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	57.03.03	K	
Integrierte Gesamtverkehrsplanung (IGVP)			58
Mitwirkung bzw. Stellungnahme bei der Aufstellung und Fortschreibung von Bedarfsplänen, Ausbauplänen und Bauprogrammen des Bundes und des Landes sowie bei der Aufstellung von Handlungskonzepten und regionaler Verkehrskonzepte	58.01.01	K	
Erstellung von Beschlussvorlagen für den Regionalrat	58.01.02	K	
Fachliche Stellungnahmen für Dritte/andere Dezernate	58.01.03	K	
Stellungnahmen zu Petitionen und Beantwortung von Eingaben	58.01.04	K	
Förderangelegenheiten			
Förderungen der Infrastruktur des ÖPNV	58.02.01	K	
Entscheidungen über Förderungen der Infrastruktur von DB-Vorhaben/Eisenbahnen	58.02.02	K	
Betriebskosten-, Fahrzeug- und sonstige Förderung des SPNV/ÖPNV; Ausgleichszahlungen nach PBefG und SGB IX	58.02.03	K	
Erstellung von Beschlussvorlagen für den Regionalrat	58.02.04	K	
Fachliche Stellungnahmen für Dritte/andere Dezernate	58.02.05	K	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	58.02.06	K	
Entscheidungen über rechtliche Angelegenheiten der Förderung des ÖPNV, Bearbeitung von Beschwerden gem. § 31 a VOB/A, VOL/A	58.02.07	K	
Konzessionierung der Personenbeförderung			
Entscheidungen über Genehmigungen/Entscheidungen über Widersprüche gegen Entscheidungen der Kommunen	58.03.01	K	
Entscheidungen über die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	58.03.02	K	
Fachliche Stellungnahmen für Dritte/ für andere Dezernate	58.03.03	K	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	58.03.04	K	
Straßenbahn- und Eisenbahnangelegenheiten			
Abschlussberichte im Planfeststellungsverfahren nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz für bundeseigene Eisenbahnen	58.04.01	K	
Entscheidungen über Eisenbahnangelegenheiten der nicht zum Netz der DB AG gehörenden Eisenbahnen sowie der Berg- und Seilschwebbahnen des öffentlichen Verkehrs; Anschlussbahnen und Anschlussgleise	58.04.02	K	
Entscheidungen über Planfeststellungen und Genehmigungen von Straßenbahnen	58.04.03	K	
Technische Aufsichtsbehörde			nur Düsseldorf
Stellungnahmen zu Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren nach dem PBefG	58.05.01	K	

Aufgaben	Produkt		
Entscheidungen über Zustimmungen nach der BOStrab	58.05.02	□	
Entscheidungen über die Abnahme von Betriebsanlagen und Fahrzeugen	58.05.03	□	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	58.05.04	K	
Bestätigung von Betriebsleitern, Abnahme der Prüfung	58.05.05	□	
Überwachung von betrieblichen Festlegungen	58.05.06	□	
Verfolgung von Unfällen und Betriebsvorkommnissen, Unfallstatistik	58.05.07	□	
Aufsicht über die Anforderungen an Betriebsbedienstete und deren Überwachung	58.05.08	□	
Anordnungen im Rahmen der Aufsicht	58.05.09	K	
Sonstige Aufsicht über Fahrzeuge, Betriebsanlagen und Betrieb	58.05.10	□	
Flugplätze/Flugbetrieb/Luftfahrthindernisse		59	nur Düsseldorf und Münster
Planfeststellungs-/Plangenehmigungsverfahren	59.01.01	K	
Erlaubnisse, Genehmigungen	59.01.02	K	
Raumordnung, Landesplanung, Bauleitplanung	59.01.03	K	
Luftfahrthindernisse	59.01.04	K	
Fachliche Stellungnahmen	59.01.05	K	
Luftfahrtpersonal			
Genehmigungen, Erlaubnisse, Anerkennungen, Beleihungen, Eignungsprüfungen	59.02.01	K	
Unternehmen/Schulen/Veranstaltungen			
Unternehmen	59.03.01	K	
Schulen	59.03.02	K	
Veranstaltungen	59.03.03	K	
Luftaufsicht			
überörtliche und örtliche Luftaufsicht	59.04.01	K	
Schutz vor Fluglärm/Luftverunreinigungen durch Luftverkehr			
Nachtflugangelegenheiten/Lärmbeschwerden/ Lärmschutzkommissionen/Lärmschutzbeiräte/Luftverunreinigungen durch Luftverkehr	59.05.01	K	
Luftsicherheit			
Entscheidungen zu Sicherheitsfragen	59.06.01	K	
Entscheidungen über die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	59.06.02	K	
Förderung der Luftfahrt			
Zuwendungen - Förderung der Luftfahrt	59.07.01	K	
Funk- und Fernmeldewesen			nur Düsseldorf
Beschaffung von Funk-, Fernmelde-, Navigations- und Befeuerungsanlagen sowie von meteorologischen Systemen	59.08.01	□	
Entscheidungen zu Genehmigungsverfahren zum Einrichten, Errichten und Betreiben von Bodenfunktstellen und Flugnavigationsanlagen von meteorologischen Systemen	59.08.02	□	Bundesnetzagentur
Unterhaltung von Funk-, Fernmelde-, Navigations- und Befeuerungsanlagen sowie von meteorologischen Systemen	59.08.03	□	

Aufgaben	Produkt		
Regionale Entwicklungsplanung (Raumordnung und Landesplanung auf regionaler Ebene)		61	
Gebietsentwicklungsplan	61.01.01	K	
Gebietsentwicklungsplanänderung (Gemeinschaftsprodukt der Dezernate 61 und 62 - wie unter 61.01.01)	61.01.02	K	
Erarbeitung von Stellungnahmen zu Planungen benachbarter Träger der Regionalplanung	61.01.03	K	
Durchführung von Raumordnungsverfahren für Leitungen im Rahmen der Raumordnerischen Beurteilung (BRen Arnberg, Düsseldorf, Köln und Münster: Aufgabenerledigung in Dez. 62)	61.01.04	K	
Linienab- und -bestimmungsverfahren für Landstraßen	61.01.05	K	
Mitwirkung bei Planungen anderer Träger und sonstige Stellungnahmen aus Sicht von Raumordnung und Landesplanung			
Landesplanerische Zustimmung oder Versagung im Bauleitplanverfahren (Gemeinschaftsprodukt der Dezernate 61 und 62; BR Arnberg und Düsseldorf: nur Dez. 61; BR Köln: nur Dez. 62)	61.02.01	K	
Stellungnahmen zu grenzüberschreitenden Planungen, Planungen des Bundes und der EU	61.02.02	K	
Stellungnahmen zu Planungsvorhaben der Landesplanung	61.02.03	K	
Regionale Entwicklungspolitik (regionalisierte Strukturpolitik)			
Regionale Entwicklungskonzepte	61.03.01	K	
Projektbetreuung	61.03.02	K	
Planungs- und Politikunterstützung			
Rechtliche Planungsgrundlagen	61.04.01	K	
Planungsgrundlagen aus Raumforschung, Statistik und Raubeobachtung	61.04.02	K	
Kartographische Planungsgrundlagen	61.04.03	K	
Entwicklung und Pflege von (automatisierten) unterstützenden Methoden und Verfahren im Rahmen der sonstigen technischen Planungsgrundlagen	61.04.04	K	
Gremienmanagement			
Geschäftsstellenfunktion für den Regionalrat	61.05.01	K	
Geschäftsstellenfunktion für die Regionalkonferenzen	61.05.02	K	nur Detmold und Münster
Organisation und Durchführung sonstiger Veranstaltungen	61.05.03	K	
Regionale Entwicklungsplanung		62	
Gebietsentwicklungsplan	62.01.01	K	
GEP-Änderungen (Gemeinschaftsprodukt der Dezernate 61 und 62, wobei es Unterschiede zwischen den Bezirksregierungen hinsichtlich der jeweiligen Produktbeiträge der Dezernate gibt)	62.01.02	K	
Raumordnungsverfahren, Raumordnerische Abstimmungsverfahren	62.01.03	K	
Koordinierende Vorbereitung Regionaler Entwicklungskonzepte (Gemeinschaftsprodukt der Dezernate 61 und 62, wobei es Unterschiede zwischen den Bezirksregierungen hinsichtlich der jeweiligen Produktbeiträge gibt)	62.01.04	K	

Aufgaben	Produkt		
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa (Gemeinschaftsprodukt der Dezernate 61 und 62, wobei es Unterschiede zwischen den Bezirksregierungen hinsichtlich der jeweiligen Produktbeiträge der Dezernate gibt)	62.01.05	K	
Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung			
Landesplanerische Zustimmung oder Versagung im Bauleitplanverfahren	62.02.01	K	
Ausrichtung der Fachplanung auf die Ziele der Raumordnung			
Regionalplanerische Entscheidungen/Stellungnahmen zu Planinhalten	62.03.01	K	
Mitwirkung an der Landesentwicklungsplanung			
LEPro, LPIG, LEP sowie landesplanerische Verordnungen, Erlasse und Genehmigungen/Versagungen	62.04.01	K	
Information und Service			
Öffentlichkeitsarbeit	62.05.01	K	
Erstellung und Bereitstellung von Statistiken, sonstigen Daten, Über- sichten sowie Karten und Informationsmaterial	62.05.02	K	
Kundenberatung, Projekte/Arbeitskreise und -gruppen	62.05.03	K	
Aus- und Fortbildung	62.05.04	K	
Wirtschaftsangelegenheiten			
		63	
Maßnahmen der sektoralen und regionalisierten Strukturpolitik	63.01.01	K	
Entscheidungen über Förderungen im Bereich Ausbildung und Qualifizierung, Innovation und Technologie	63.01.02	K	
Programmaufstellungen und Förderungen nach Grundsatzentscheidungen	63.01.03	K	
Förderung	63.01.04	K	
Fördervoten	63.01.05	K	
Fachliche Stellungnahmen für Dritte	63.01.06	K	
Fachliche Stellungnahmen für andere Dezernate	63.01.07	K	
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Euregios	63.01.08	K	
Entscheidungen über Anträge nach den Steuergesetzen	63.01.09	K	
Betriebswirtschaftliche Stellungnahmen für andere Dezernate	63.01.10	K	
Preisüberwachung			
Preisrechtliche Prüfungen	63.02.01	□	
Weitere Angelegenheiten der Preisüberwachung	63.02.02	□	
Handwerk, Handel und Gewerbe			
Angelegenheiten des Handwerks (z. B. Ausnahmegewilligungen, Ausübungsberechtigungen)	63.03.01	□	entfallen
Ausbildungsangelegenheiten	63.03.02	□	
Schornsteinfegerangelegenheiten	63.03.03	K	
Widersprüche (Handwerk, Handel und Gewerbe)	63.03.04	□	
Entscheidung über Ordnungswidrigkeiten nach wirtschaftsrechtlichen Vorschriften ohne Ingenieurgesetz	63.03.05	□	
Stellungnahmen zu Petitionen/Beantwortung von Eingaben	63.03.06	K	

Aufgaben	Produkt		
Bekämpfung der Schwarzarbeit	63.03.07		
Voten über die Unabkömmlichstellung von Wehrpflichtigen der überregionalen Energieversorgungsunternehmen	63.03.08		
Angelegenheiten der gewerblichen Pfandverwertung	63.03.09		
Hufbeschlagsangelegenheiten	63.03.10		nur Münster
Schutz der Berufsbezeichnung "Ingenieur"	63.03.11		
Notfallvorsorge	63.03.12	K	
Angelegenheiten des privaten Versicherungsgewerbes			
Aufsicht über kleinere Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	63.04.01		
Vergabeverfahren			
Aufsichtsrechtliche Nachprüfungsverfahren	63.05.01	K	
Braunkohle		64	nur Köln
Geschäftsstellenfunktion des Braunkohleausschusses	64.01.01	K	
Braunkohlenplan	64.01.02	K	
Härteausgleich	64.01.03	K	
Fachliche Stellungnahmen	64.01.04	K	
Information und Betreuung	64.01.05	K	
Vergabekammer			
Beschlüsse im Nachprüfungsverfahren	110.01.01	K	
Entscheidungen über Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Beisitzer	110.01.02	K	
Durchführung von Veranstaltungen zum Vergaberecht	110.01.03	K	
Informationen außerhalb der Nachprüfungsverfahren	110.01.04	K	
Aufgaben der bisherigen Ämter für Agrarordnung			
Verfahren nach § 1 FlurbG	AgrarA.01	K	
Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren	AgrarA.02	K	
Unternehmensflurbereinigungsverfahren	AgrarA.03	K	
Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren	AgrarA.04	K	
Freiwilliger Landtausch	AgrarA.05		
Verfahren nach Gemeinheitsteilungsgesetz (GTG)	AgrarA.06	K	
Verfahren nach Gemeinschaftswaldgesetz (GWG)	AgrarA.07	K	
Baulandumlegung	AgrarA.08	K	
"Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden - unser Dorf hat Zukunft""	AgrarA.09		
Dorfaktionstage	AgrarA.10		
Dorfentwicklungsplanung	AgrarA.11		
Private Umnutzungsmaßnahmen	AgrarA.12		
Private Dorferneuerungsmaßnahmen	AgrarA.13		
Bewirtschaftungsverträge gemäß Förderrichtlinien	AgrarA.14		
Regionen aktiv	AgrarA.15	K	
Tag der Regionen	AgrarA.16	K	
Agenda 21	AgrarA.17	K	
Interreg IIIA	AgrarA.18	K	
Leader +	AgrarA.19	K	

Aufgaben	Produkt		
Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit im ländlichen Raum	AgrarA.20	K	
Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung (AEP)	AgrarA.21	K	
Sicherung öffentlicher Darlehen in der Siedlung und Agrarstruktur	AgrarA.22	□	
Fachliche Stellungnahmen	AgrarA.23	K	
Aufgaben der bisherigen Staatlichen Umweltämter			
Produktbereich "Zentrale Dienste"			
Personal- und Rechnungswesen	1101	K	Querschnitt Mittelinstanz
Finanzwirtschaft	1102	K	Querschnitt Mittelinstanz
KLR / Controlling	1103	K	Querschnitt Mittelinstanz
Allgemeine Serviceleistungen			
Kantine	1207	K	Querschnitt Mittelinstanz
Ausbildung	1208	K	Querschnitt Mittelinstanz
Öffentlichkeitsarbeit	1209	K	Querschnitt Mittelinstanz
Belange der Beschäftigten	1210	K	Querschnitt Mittelinstanz
Dienstwohnungen	1211	K	Querschnitt Mittelinstanz
Informationstechnik			
DV-Betrieb	1301	K	Querschnitt Mittelinstanz
DV Konzeption/ Weiterentwicklung	1302	K	Querschnitt Mittelinstanz
Anwendungsbetreuung Fachsoftware	1303	K	Querschnitt Mittelinstanz
Produktgruppe "Rechtsangelegenheiten"			
Ordnungswidrigkeiten	1402	K	
Gebührenbescheide	1404	K	
Produktbereich "Technischer Umweltschutz"			
Produktgruppe "Anlagengenehmigungen"			
Genehmigungen von Anlagen nach Spalte 1 , 4. BImSchV (förmliches Verfahren)	2101	K (Zaunprinzip)	
Genehmigungen von Anlagen nach Spalte 2, 4. BImSchV (vereinfachtes Verfahren)	2102	K (Zaunprinzip)	
Überprüfung von Anzeigen nach § 15, § 67 (2) BImSchG, 26.+31. BImSchV, § 31 Krw/AbfG	2103	K (Zaunprinzip)	
Fachliche Stellungnahmen bei Verfahren der Bezirksregierung	2104	□	
Fachliche Stellungnahmen bei Verfahren der Bezirksregierung zu wasserrechtlichen Verfahren	2104.1	□	
Fachliche Stellungnahmen bei Verfahren der Bezirksregierung zu immissionsschutzrechtlichen Verfahren	2104.2	□	
Fachliche Stellungnahmen bei Verfahren der Bezirksregierung zu abfallrechtlichen Verfahren	2104.3	□	
Fachliche Stellungnahmen bei Verfahren anderer Behörden	2105	K	
Produktgruppe "Umweltrechtliche Überwachung von industr./gewerbl. Anlagen incl. Abwassereinleitungen und -behandlungen und Deponien"			
Anlagen- und Betriebsüberwachung von Amts wegen	2201	K (Zaunprinzip)	
Anlagen- und Betriebsüberwachung von Amts wegen - Inspektionen/Revisionen	2201.1	K (Zaunprinzip)	

Aufgaben	Produkt	
Anlagen- und Betriebsüberwachung von Amts wegen - Anlassüberwachung	2201.2	K (Zaunprinzip)
Abnahmeprüfungen	2202	K (Zaunprinzip)
Bearbeitung von Anträgen und Eingaben von Bürgern/innen, Unternehmen u.a.	2203	K (Zaunprinzip)
Bearbeitung von Ausnahmeanträgen	2204	K (Zaunprinzip)
Prüfung von Messberichten, Sicherheitsanalysen und -berichten, Sicherheitsinspektionen	2205	K (Zaunprinzip)
Prüfung von Messberichten nach § 26, 28, 29 BImSchG	2205.1	K (Zaunprinzip)
Prüfung von Sicherheitsberichten und Sicherheitsinspektionen nach 12. BImSchV	2205.2	K (Zaunprinzip)
Prüfung von Emissionserklärungen	2206	K (Zaunprinzip)
Stellungnahmen bei Auditierungsverfahren und Erteilung von Auskünften	2207	K (Zaunprinzip)
Streifendienst	2208	
Stellungnahmen und Überwachung gentechnischer Verfahren	2209	K
Produktbereich "Wasserwirtschaft"		
Stellungnahmen zur öffentlichen Wasserversorgung	3101	K
Wasserschutzgebiete/Heilquellenschutzgebiete	3102	K
Stellungnahmen Geologie/Hydrogeologie	3103	K
Stellungnahmen zum Bergbau und zu Abgrabungen (ohne Braunkohlebergbau)	3104	K
Stellungnahmen zur kommunalen Abwasserbeseitigung	3105	K
Stellungnahmen zu Gewässern I. und II. Ordnung	3106	K (1. Ordnung)
Genehmigungen nach §§ 99/113 LWG	3107	K (1. Ordnung)
Abwicklung von Fördermaßnahmen bei Altlasten	3108	
Fachtechnische Unterstützung im Bereich Altlasten/Bodenschutz	3109	
Stellungnahmen in Raumordnungs- und Bauleitplanverfahren	3110	K
Stellungnahmen zu den Großtagebauen des Braunkohlebergbaus	3112	K
Überwachung der öffentl. Trinkwasserversorgungsanlagen	3201	K
Überwachung kommunaler Abwasseranlagen (incl. Bauüberwachung)	3202	K
Hochwasserwarndienst	3203	K
Überwachung des Wasserrechtes für Stauanlagen an Gewässern II. Ordnung	3204	
Überwachung an Gewässern I. Ordnung	3205	K
Stellungnahmen und Überwachung von Talsperren und sonstigen Stauanlagen	3206	K
Sonderaufgabe Ruhrschifffahrt (nur Duisburg)	3207	

Aufgaben	Produkt		
Überwachung der großräumigen Grundwasserabsenkungen für die Großtagebaue des Braunkohlenbergbaus	3208	K	
Sonderaufgabe Hochwasserschutz am Rhein	3209	K	nur Düsseldorf und Köln
Ermittlung des Grundwasserstandes	3301	K	
Ermittlung der Grundwassergüte	3302	K	Operative Tätigkeiten können auf Dritte übertragen werden
Ermittlung des oberirdischen Abflusses	3303	K	
Ermittlung des Niederschlags	3304	K	
Ermittlung der Überschwemmungsgebietsgrenzen / Hochwasserschutz	3305	K	
Gewässerstrukturgütekartierung	3306	K	
Grenzwässerangelegenheiten	3307	K	
Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie	3501	K	
Unterhaltung der Gewässer I. Ordnung	3701	K	Vollzug kann auf Dritte (Wasserverbände) übertragen werden
Verwaltung der Gewässer- und Auengrundstücke	3703	□	
Modelltechnik (NA-Modelle und Wasserspiegellagenmodelle)	3710	□	
Produktbereich "Umweltmonitoring"			
Produktgruppe "Untersuchungen"		Grundkompetenz muss "K" bleiben	
Untersuchung von Abwassereinleitungen (Produkt 4102 ist mit Produkt 4101 zusammengeführt)	4101		Privatisierung operativer Bereich
Untersuchung von Oberflächengewässern	4103		s.o.
Untersuchung von Grundwasser incl. Sickerwasser und Rohwasser	4104		s.o.
Untersuchung von Sonderproben (incl. Klärschlamm, sonstige Untersuchungen, Amtshilfeproben)	4105		s.o.
Untersuchung von Abfällen, Wertstoffen, Einsatz- und Endprodukten im Rahmen der Anlagenüberwachung	4106		s.o.
Altlasten, Böden	4107		s.o.
Untersuchungen von Gas- und Staubemissionen (Messwagen)	4108		s.o.
Untersuchung von Geräuschmissionen und Erschütterungen und sonstigen physikalischen Einwirkungen	4109		s.o.
Geruchserhebungen	4110		s.o.
Produktgruppe "Fachdienstleistungen"			
Bereitstellung von EFÜ-Daten	4201	□	
Kontrolle und Prüfung externer Einrichtungen	4202	□	
Fachauskunft (extern und intern) nur chemische und biologische Fragestellungen ohne Produktbezug	4203	K	
Rufbereitschaft	4204	K	
Produktgruppe "Allg. Serviceleistungen für das Labor"			
Qualitätssicherung	4301	□	
Allgem. Laborversorgung	4302	□	
Produktbereich "Projekte"			
Individuelle Projekte der Ämter (Alle Projekte haben einen internen Charakter und sind nach sachgerechter Zuordnung zu verrechnen. Diese können durch die StUÄ individuell gebildet werden.)	51	□	
Ämterübergreifende Projekte (Alle Projekte haben einen internen Charakter und sind nach sachgerechter Zuordnung zu verrechnen. Diese können durch die StUÄ individuell gebildet werden.)	52	□	

Aufgaben	Produkt		
Produktbereich "Verbraucherschutz"	6	□	
Aufgaben des bisherigen Landesamtes für Ernährungswirtschaft und Jagd			
Produktbereich "Dienstleistungen"			
Produktgruppe "Amtsleitung/Stabsstellen/Verwaltung"			
Ernährungssicherstellung	2400	□	
Überwachung der Verwendung von EG-Fördermitteln	2500	□	
Ausbildung Agrarreferendare	2600	□	
Produktgruppe "Organisation/Prüfdienst"			
Schulungen	3100	□	
Produktbereich "Ernährungswirtschaft"			
Produktgruppe "Überwachung der Ernährungswirtschaft"			
Futtermittelüberwachung	4000	□	staatlicher Bereich der Landwirtschaftskammer
Handelsklassenüberwachung Obst, Gemüse und Speisekartoffeln	4100	□	
Saatgutüberwachung	4200	□	
Düngemittelüberwachung	4300	□	
Überwachung von Forstsaatgut	4400	□	
Überwachung von Vieh und Fleisch	4500	□	
Überwachung von Eiern und Geflügel	4600	□	
Überwachung des Öko-Landbaus	4700	□	
Überwachung der Milchwirtschaft	4800	□	
Marktstrukturgesetz und Überwachung nach Lebensmittelspezialitätengesetz	4900	□	
Meldewesen	5000	□	
Produktgruppe "Förderung der Ernährungswirtschaft"			
Schulmilchbeihilfe	6000	□	
Sozialbutterbezugsberechtigungen	6100	□	
Erhebung und Verwendung von milchwirtschaftlicher Umlage und Absatzfonds	6200	□	
Strukturmaßnahmen in Ernährungs- und Fischwirtschaft	6300	K	
Startbeihilfen	6400	□	
Verbraucherinformationsmaßnahmen	6500	□	
Förderung der Verbraucherzentrale NRW	6600	□	
Förderung von Modell- und Sondervorhaben	6700	□	
Beratungsmaßnahmen	6800	□	
Produktbereich "Tiergesundheit, Lebensmittelüberwachung"			
Produktgruppe "Tierseuchenkasse"			
Beitragsangelegenheiten	7000	K	
Leistungen an Tierhalter	7100	K	
Leistungen an Nichttierhalter	7200	K	
Registriernummerdatenbank NRW/HIT	7300	K	
Betrieb Rinder-/ Schweinedatenbank	7400	K	
Rinderohrmarken / Rinderpässe	7500	K	

Aufgaben	Produkt		
Tierkörperbeseitigung	7600	K	
Produktgruppe "Verbraucherschutzprogramm"			
Projektarbeit	8000	□	
Unterstützungsdienst im Krisenfall	8100	K	
Maschinentechnische Betriebsprüfungen	8200	K	
Produktbereich "Jagd"			
Produktgruppe "Überwachung der Jagd"			
Jagdaufsicht	9000	□	
Produktgruppe "Förderung der Jagd"			
Fördermaßnahmen aus Jagdabgabe	9100	□	
Aufgaben des bisherigen			
Landesamtes für Ökologie, Bodenordnung und Forsten			
Landschaft & Stadt			
Kataster	3000	□	
Flächen- und Biotopschutz	3100	□	
Artenschutz;	3200	□	
Beiträge zur Fach- und Gesamtplanung			
Fachbeiträge des Naturschutzes und der Landschaftspflege	3300	□	
Verfahrensbegleitung in der Fach- und Gesamtplanung	3400	□	
Methoden zur Fach- und Gesamtplanung	3500	□	
Stadtökologie	3600	□	
Monitoring	3700	□	
FFH-Berichte	3800	□	
Erfolgskontrollen und Dokumentationen	3900	□	
Forst & Jagdkunde			
Waldinventuren und Walduntersuchungen	4000	□	
Ökol. Waldbau	4100	□	
Waldentwicklung	4200	□	
Forstökonomie	4300	□	
Programmpflege und -entwicklung für die Landesforstverwaltung NRW	4400	□	
Zentrale Nutzerbetreuung und Rechenbetrieb für die Landesforstverwaltung NRW	4500	□	
ADV-Sachdatendokumentation für die Landesforstverwaltung NRW	4600	□	
Jagdkunde	4700	□	
Gewässer & Fischerei			
Fischgesundheitsdienst	5000	K	Vor-Ort (Arnsberg)
Fischereiwesen	5100	K	Vor-Ort (Arnsberg)
EG-Wasserrahmenrichtlinie	5200	K	
Bildung- und Öffentlichkeitsarbeit			
Öffentlichkeitsarbeit	6000	□	
Druckerzeugnisse Externe	6050	□	
Ausstellungen und Veranstaltungen	6100	□	

Aufgaben	Produkt		
Ausstellung Externe	6150	□	
NUA Umweltbildung	6200	□	
Lumbricus Bildungseinsätze	6250	□	
Ausbildung	6300	□	
Überbetriebliche Ausbildung und Berufsbeschulung	6350	□	
Fortbildungsangebote der LÖBF	6400	□	
Übernachtung und Verpflegung an der Waldarbeitsschule	6450	□	
Bürgerinformation	6500	□	
Projekte	6550	□	
Aufgaben des bisherigen Landesumweltamtes			
Wasser			
Zentrale Bearbeitung landesweiter fachlicher u. technischer Aufgaben für die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie	E50010	□	
Umsetzung der EU Wasserrahmenrichtlinie im Rheingraben Nord, Fachbeiträge für das Bearbeitungsgebiet Niederrhein	E50020	□	
Fachliche und kartographische Bearbeitung von Gewässerbasisdaten, Gewässerstationierung NRW, Badegewässerkarte	E50040	□	
NRW-Übersichtskarte Wasserschutzgebiete, Zentralkataster der Schutzbietsverordnungen	E50070	□	
Hydrogeologische Karte NRW	E50080	□	
Informationssystem und Fachdatenbank Grundwasser und Wasserversorgung NRW	E50100	□	
Bewertung der Grundwasser-/Rohwassersituation in NRW, Aufstellung und Koordination von Messprogrammen	E50120	K	
Grundlagenermittlung und Fachbeiträge zu Grundwasserschutz-Regelungen	E50150	□	
Grundlagenermittlung und Bewertung der Wasserversorgungsstruktur und -aufbereitungstechnik	E50170	□	
Ermittlung und Anwendungs koordinierung hydromorphologischer Grundlagen zur naturnahen Gestaltung von Fließgewässern	E50190	□	
Weiterentwicklung, Erprobung und Einsatz von Biotestverfahren in der Gewässer- und Abwasserüberwachung	E50210	□	
Zeitnahe und langfristige Gewässerüberwachung INGO und GÜS, Warn- und Alarmplan Rhein	E50230	K	
Erhebungen, Datenbereitstellung und Auswertungen zur Gewässerbiologie, Methodenentwicklung zur Erfassung und Bewertung	E50240	□	
Datenlieferung, Stellungnahmen und Berichte zur chemischen Gewässergüte, Aufstellung von Messprogrammen	E50250	□	
Aufstellung von Regeln/Konzepten zur Gewässerbiologie und aquatischen Ökotoxikologie, fachl. Koordinierung in NRW	E50260	K	
Anwendung und Entwicklung Informationssystem/Fachdatenbank für hydrologische Daten in NRW, zentrale Datenaufbereitung	E50280	□	
Grundlagenermittlung und Fachbeiträge zum Hochwasserschutz in NRW, Abstimmungen mit Unter- und Oberlieger	E50340	□	
Koordinierung des Einsatzes und Weiterentwicklung der hydrologischen und hydraulischen Modelltechnik	E50350	□	
Wasserwirtschaftliche Grundlagenermittlung zum Stauanlagenbetrieb und zur Stauanlagensicherheit	E50360	□	
Wasserwirtschaftliche Risikobewertung des Lagerstättenabbaus, zentrale Fachauswertungen/-beiträge zum Braunkohlemonitoring	E50400	□	
Vollzug des Wasserentnahmeentgeltgesetzes	E50450	K	Vor-Ort

Aufgaben	Produkt		
Fachliche u. technische Betreuung sowie Abruf der Messnetze für Niederschlag, Pegel, Gewässergüte, Datenbereitstellung	E60020	□	
Festsetzung und Erhebung der Abwasserabgabe	E60030	K	Vor-Ort
DV-Verfahren Abwasserabgabe	I60040	□	
F&E Vorhaben Abwassertechnik, Förderanträge zu Energiesparprogramme	E60050	□	
Ermittlung und Fortentwicklung des Standes der Abwassertechnik	E60060	□	
Zentrale fachliche DV-Betreuung: NIKLAS-KOM und NIKLAS-IGL, REBEKA, DEA	E60070	□	
Zusammenführung nationaler und internationaler Berichte für Punktquellen, Abwasser und Anlagen	E60080	□	
Geoinformationssystem im Wasserbereich (WASGIS)	E60150	□	
Geschäftsstelle für die Datendrehscheibe Einleiterüberwachung Abwasser D-E-A	E60160	□	
Kreislaufwirtschaft, Abfall			
Ermittlung und Fortentwicklung von abfallwirtschaftlichen Grundlagen	E70010	□	
Info-/Anwendungssysteme für abfallwirtschaftliche Grundlagendaten	E70020	□	
Zentrale Berichte, Gutachten und Beratung auf Basis der abfallwirtschaftlichen Grundlagendaten	E70030	□	
Konzepte und Berichte zur Wahrnehmung der Produktverantwortung	E70050	□	
Zentrale Stelle für Abfallnachweisverfahren gem. § 39 LAbfG, Koordinierung, Bereitstellung von abfallwirtschaftlichen Daten	E70060	K	Vor-Ort
Anerkennungen und Zustimmungen für Zertifizierungsorganisationen im Bereich Abfallwirtschaft	E70070	K	Vor-Ort
Info-/Anwendungssysteme, Datenverbund Zentrale Stelle für Abfallnachweisverfahren	E70080	K	Vor-Ort
Berichte zur Abfalltechnik	E70120	□	
Bereitstellung und Betrieb der Infosysteme Abfalltechnik	E70140	□	
Unterstützung der zuständigen Behörden bei der Abfallwirtschaftsplanung	E70200	□	
Grundlegende Beratung und Begutachtung zur Abfalltechnik	E70210	□	
Boden, Altlasten			
Beratung und Unterstützung der Behörden und Gerichte in NRW in Fragen des Bodenschutzes	E30010	□	
Führung und Auswertung des Fachinformationssystems Stoffliche Bodenbelastung (FIS StoBo)	E30020	□	
Einrichtung und Betrieb von Bodendauerbeobachtungsflächen (BDF)	E30030	□	
Erarbeitung fachlicher Grundlagen für den Bodenschutz	E30040	□	
Beratung der Behörden und Gerichte des Landes in Altlasten-Fragen	E30050	□	
Erarbeitung fachlicher Grundlagen für die Ermittlung und Sanierung von Altlasten	E30060	□	
Ermittlung des Standes der Sanierungstechnik bei Altlasten	E30070	□	
Führung und Auswertung des Fachinformationssystems Altlasten und schädliche Bodenveränderungen (FIS AIBo)	E30090	□	
Zulassung, Anerkennung und Bekanntgabe von Sachverständigen für Altlasten und Bodenschutz	E30100	K	Vor-Ort
Luft			

Aufgaben	Produkt		
Beratung und Unterstützung der Behörden/Gerichte zu immissionsbedingten Wirkungen (Mensch, Tier, Pflanze, Materialien)	E30300	■	
Erarbeitung fachlicher Grundlagen zum wirksambezogenen Immissionsschutz - Mensch und Gerüche	E30310	■	
Erarbeitung fachlicher Grundlagen zum wirksambezogenen Immissionsschutz - Pflanzen und Materialien	E30320	■	
Ausbreitungsrechnungen zur Umsetzung der EU Luftqualitätsrichtlinien	E40020	■	
Landesweite kontinuierliche Luftqualitätsuntersuchungen, Luftqualitätsberichte	E40040	■	
Landesweite Diskontinuierliche Luftqualitätsuntersuchungen	E40050	■	
Identifizierung von Quellgruppen für Feinstaubfraktionen	E40060	■	
Nationales Referenzlabor für Luftqualität	E40070	■	
Speziesanalyse von Metallen im Schwebstaub	E40080	■	
Landesweite Beurteilung der Luftqualität zur Umsetzung der EU-Rahmenrichtlinie Luft und ihrer Tochtrichtlinien	E40090	■	
Zentrale Erstellung und Prüfung von Messplanungen für Immissionserhebungen	E40100	■	
Messen von Dioxinen, Furanen und PCB in Belastungsschwerpunkten	E40120	■	
Bestimmung von Dioxinen, Furanen und PCB als Dienstleistung in Beschwerdefällen und in Amtshilfe	E40130	■	
Beurteilung der anthropogenen Änderungen von Klima und stratosphärischem Ozon, UVB-Messungen	E40150	■	
Umweltmeteorologische Untersuchungen und Modellrechnungen im anlagenbezogenen Immissionsschutz	E40280	■	
Prüfung und Optimierung von Messverfahren für halogenierte organische Stoffe in der Umwelt	E40290	■	
Anlagenbezogene Maßnahmenplanung zur Emissionsminderung	E70150	■	
Luftreinhalteplanung	E80040	■	
Führung und Weiterentwicklung des Emissionskatasters Luft	E80050	■	
Emissionshandel: Fachliche Koordinierung und Unterstützung des Vollzugs	E80130	■	
Lärm, Erschütterung, Licht, elektromagnetische Strahlung			
Geräusche und Erschütterungen - Expertentätigkeit	E40160	■	
Geräuschbelastung in der Fläche, EU-Richtlinie Umgebungslärm, Lärminderungsplanung	E40170	■	
Geräusch- und Erschütterungsmesstechnik, Ringversuche, grätetechnische Unterstützung der StUÄ	E40180	■	
Nieder- und hochfrequente elektromagnetische Felder (EMF) - zentrale Beratung, Messung, Beurteilung	E40190	■	
Lichtimmissionen - zentrale Beratung, Messung, Beurteilung	E40200	■	
Strahlenschutzvorsorge und Radioaktivität			
Messungen der Umweltradioaktivität gem. Strahlenschutzvorsorgegesetz (StrVG)	E40210	■	
Überwachung kerntechnischer Anlagen (Wasserpfad)	E40220	■	
Radiologische Fernüberwachung kerntechnischer Anlagen in NRW (RFÜ)	E40230	■	
IMIS-Datentechnik, datentechnische Unterstützung des MUNLV für das IMIS-System zur Überwachung der Umweltradioaktivität	E40240	■	

Aufgaben	Produkt		
Anlagenbezogener Umweltschutz			
Grundlagen der Emissionsüberwachung	E20050		
Emissionsmessungen	E20080		
Anmeldung und Genehmigungen nach GenTG in NRW	E60090	K	
Datenbank für den Vollzug des GenTG in NRW	E60100	K	Annex
Ermittlung und Fortentwicklung zum Stand der Technik im anlagenbezogenen Umweltschutz	E70160		
Anlagenbezogener und produktionsintegrierter Umweltschutz	E70170		
Gutachterliche Stellungnahmen und Beratungsleistungen zum anlagenbezogenen Umweltschutz	E70180		
Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, VAWS	E70190	K (Zaun- prinzip)	
Weiterentwicklung der Anlagensicherheit	E80060		
Gutachten und Stellungnahmen zur Anlagensicherheit	E80070		
Beratung und Unterstützung der StUÄ bei der Durchführung von Inspektionen gem. Störfall-VO	E80080		
Prüfung von Sicherheitsberichten	E80090	K	
Betrieb des Informationssystems Stoffe und Anlagen (ISA)	E80100		
Medienübergreifende Aufgaben			
Einführung und Optimierung von Alternativerfahren für die Umweltüberwachung in NRW	E20180		
Wasch- und Reinigungsmittelgesetz - Koordinierung des Vollzugs	E20250		
Abfall- und Altlastenuntersuchungen, Erstellung von mess- und abfalltechnischen Arbeits- und Vollzugshilfe	E20300		
Anerkennung, Bekanntgabe, Überprüfung, Kontrolle und Zulassung von Mess- und Untersuchungsstellen	E20310	K	Vor-Ort
Fortschreibung analytischer und messtechnischer Methoden für den Vollzug der Umweltüberwachung in NRW	E20320		
Gutachten und fachtechnische Unterstützung unter anderem für Vollzugs- und Ermittlungsbehörden	E20330		
Zentrale analytisch-chemische Untersuchungen für die Umweltverwaltung in NRW	E20340		
Harmonisierung der Verfahren zur Probenahme und Analytik auf inter-/nationaler Ebene incl. Mitwirkung in Gremien	E20360		
Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit NRW (APUG NRW)	E30140		
Beratung der Genehmigungsbehörden zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) genehmigungsbedürftiger Anlagen	E30230		
Integrierte Umweltberichterstattung, Erstellung von Umweltberichten	E30240		
Bereitstellung und Durchführung des Sondereinsatzes, Sofort-Messungen und Bewertungen bei Schadens- und Gefahrenfällen	E40250		
Bereitstellung von Stoffinformationen (IGS-Anwendungen)	E80030		
Bereitstellung einer "Help-Desk" für KMU im Rahmen der Einführung von REACH durch die EU	E80120		
Zentrale Dienste			
Fortschreibung und Pflege des Umweltdatenkatalogs (UDK)	E00300		
Justitiariat	I10060		
Thematische Karten, Kartografie	I10110		

Aufgaben	Produkt		
Betrieb der Bereitschaftszentrale/Nachrichtensbereitschaftszentrale für die Umweltverwaltung NRW	E40260	□	
Glas- und Chemikalienlager	I40270	□	
Zuständige Stelle für Umwelttechnikberufe	E60120	□	
Geografische Informationssysteme (GIS)	I60170	□	
Aufgaben der bisherigen Landesanstalt für Arbeitsschutz			
Amtsleitung	1		
Abteilungsbüros			
Personal- und Rechnungswesen	110		
Personalmanagement / Rechtsfragen	1101	□	
Sonderaufgaben	1102	□	
Verwaltungsdienstleistungen	120		
Gebäude- und Grundstücksmanagement	1201	□	
Fahrzeugverwaltung	1202	□	
Telekommunikation	1203	□	
Post, Botendienst und Archivierung	1204	□	
Bibliothek	1205	□	
Schreibdienst	1206	□	
Öffentlichkeitsarbeit	1209	□	
Belange der Beschäftigten	1210	□	
Informationstechnik	130		
DV-Betrieb	1301	□	
Anwendungsbetreuung Fachsoftware	1303	□	
Programmkoordination	200		
Programmentwicklung	2001	□	
Programmkoordination	2002	□	
Programmauswertung	2003	□	
Gestaltung bei physikalischen Faktoren	300		
Druckluftverordnung	3001	□	
Atomgesetz	3002	□	
Verordnungen zum Atomgesetz	3003	□	
Landessammelstelle	3004	K	Vor-Ort
Technikgestaltung	400		
GPSG	4001	□	
Gashochdruckleitungsverordnung	4002	□	
Arbeitsgestaltung / psychische Belastung	500		
Gestaltung bei chemischen Faktoren	600	□	
SGB VII	6001	□	
Berufskrankheitenverordnung	6002	□	
Gestaltung bei biologischen Faktoren	700		
Biostoffverordnung	7001	□	
Gentechnikgesetz	7002	□	
Verordnungen zum Gentechnikgesetz	7003	□	
Aufgaben der bisherigen Staatlichen Ämter für Arbeitsschutz			
Amtsleitung	1		
Personal- und Rechnungswesen	110		

Aufgaben	Produkt		
Personalmanagement / Organisation	1101	K	Querschnitt Mittelinstanz
Finanzwirtschaft	1102	K	Querschnitt Mittelinstanz
Gebührenbescheide	1103	K	Querschnitt Mittelinstanz
Allgemeine Serviceleistungen	120		
Gebäude- und Grundstücksmanagement	1201	K	Querschnitt Mittelinstanz
Fahrzeugverwaltung	1202	K	Querschnitt Mittelinstanz
Telekommunikation	1203	K	Querschnitt Mittelinstanz
Post, Botendienst und Archivierung	1204	K	Querschnitt Mittelinstanz
Bibliothek	1205	K	Querschnitt Mittelinstanz
Schreibdienst	1206	K	Querschnitt Mittelinstanz
Öffentlichkeitsarbeit	1209	K	Querschnitt Mittelinstanz
Belange der Beschäftigten	1210	K	Querschnitt Mittelinstanz
Informationstechnik	130		
DV-Betrieb	1301	K	Querschnitt Mittelinstanz
Anwendungsbetreuung Fachsoftware	1303	K	Querschnitt Mittelinstanz
Rechtsangelegenheiten	140		
Prozessführung	1401	K	Querschnitt Mittelinstanz
Ordnungswidrigkeiten	1402	K	Querschnitt Mittelinstanz
juristische Mitwirkung und rechtliche Beratung der Fachabteilungen	1403	K	Querschnitt Mittelinstanz
Programmarbeit	200		
Programmentwicklung	2001	□	
Programmkoordination	2002	□	
Programmauswertung	2003	□	
Zentrale Verfahrensstelle	300		
Stellungnahmen zu Baugesuchen	3001	□	
Genehmigungsverfahren "überwachungsbedürftige Anlagen"	3002	K (Zaun- prinzip)	
Verfahren nach BImSchG	3003	K (Zaun- prinzip)	
physikalische Belastungen und Beanspruchungen	401		
ionisierende Strahlen	4011	K	
nicht ionisierende Strahlen	4012	□	
Lärm	4013	□	
Erschütterungen / Vibrationen	4013	□	
Hitze / Kälte	4015	□	
Sprengstoffwesen	402		
Genehmigungsverfahren nach dem SprengG	4021	K	
Überwachung "Umgang mit Sprengstoffen"	4022	K (Zaun- prinzip)	
Überwachung "Umgang mit pyrotechnischen Gegenständen"	4023	□	
Baustellen	501		
Baustellenüberwachung	5011	□	
Überwachung der Baustellenverordnung	5012	□	
Überwachung der Druckluftverordnung	5015	□	
Arbeitsplatz Arbeitsstättengestaltung	502		
Überwachung der Arbeitsstättenverordnung	5021	□	
Überwachung der Bildschirmarbeitsverordnung	5022	□	

K Aufgaben der zukünftigen Mittelinstanz ("kleines K" = nur teilweise) **■** in der Aufgabenkritik zu untersuchen **Anlage 3**

Aufgaben	Produkt		
Arbeitsorganisation	503		
Arbeitszeitgesetz	5031	■	
Ladenschlussgesetz	5032	■	
Lasthandhabungsverordnung	5033	■	
PSA-Benutzungsverordnung	5034	■	
betriebliches Arbeitsschutzsystem	504		
Arbeitsschutzgesetz	5041	■	
AsiG	5042	■	
Anlagensicherheit	601		
Störfallanlagen	6011	K (Zaun- prinzip)	
überwachungsbedürftige Anlagen (Aufsicht)	6012	K (Zaun- prinzip)	
technische Arbeitsmittel	602		
GPSG	6021	K	zu prüfen in der Aufgabenkritik
Verordnungen zum GPSG	6022	K	zu prüfen in der Aufgabenkritik
Betriebssicherheitsverordnung	6023	■	
chemische und biologische Belastungen und Beanspruchungen	701		
Chemikaliengesetz	7011	K (Zaun- prinzip)	
Verordnungen zum Chemikaliengesetz	7012	K (Zaun- prinzip)	
Biostoffverordnung	7013	K (Zaun- prinzip)	
Gentechnikrecht	7014	K	
besondere Personengruppen	801		
Jugendarbeitsschutzgesetz	8011	■	
Kinderarbeitsschutzverordnung	8012	■	
Mutterschutzgesetz	8013	■	
Heimarbeitsgesetz	8014	■	
Transportsicherheit	901		
Fahrpersonalgesetz	9011	■	
Verordnungen zum Fahrpersonalgesetz	9012	■	
EU-Vorschriften "Sozialvorschriften im Straßenverkehr"	9013	■	
Gefahrguttransportrecht	9014	K	



Bezirksregierung Arnberg

Geschäftsstelle des Regionalrates

E-Mail-Adresse: geschaeftsstelle.regionalrat@bezreg-arnsberg.nrw.de

Tel.: 02931/82-2341, 2324, 2306 od. 2839 Fax.: 02931/82-46177

Regionalratssitzung am:	28. 09. 06	Vorlage:	35/04/06
Vorberatung in:	PK..... <input checked="" type="checkbox"/>	SK..... <input checked="" type="checkbox"/>	VK..... <input type="checkbox"/>
TOP 6:	Sachstand zur Verwaltungsstrukturreform <ul style="list-style-type: none">• Information		
Berichterstatter/-in:	RVP Kosow AD´ in Ewert		
Bearbeiter/in:	ORR Sommer ROAR Meier		

Beschluss:

1. Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.
2. Der Regionalrat beschließt die als [Anlage](#) beigefügte Resolution.

Der Regionalrat Arnsberg lehnt die vorgesehene Übertragung der Regionalplanung auf den RVR ab.

Begründung:

1. Der Regierungsbezirk Arnsberg bildet quasi spiegelbildlich das Land NRW ab: Ballungsraum, Ballungsrandzonen und der sog. Ländliche Raum dokumentieren Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken treffen aufeinander und bedürfen auch in Zukunft der Förderung und Fortentwicklung „aus einer Hand“.
2. Die bisherige Zuständigkeit von 3 Bezirksregierungen hat in keinem Fall zu Verzögerungen oder Koordinationsproblemen bei der Abstimmung über die Regionalplanung geführt. Notwendige Veränderungen der Regionalpläne sind bisher in keinem Fall durch die bisherigen Zuständigkeiten verhindert oder verzögert worden, wie z.B. die Entwicklung der Emscher-Lippe Region zeigt.
3. Die Förderung und Weiterentwicklung der vielfältigen wirtschaftlichen, strukturellen und politischen Verbindungen und Synergien, insbesondere in den Verflechtungsräumen kann im Fall einer vorzeitigen, eigenständigen RVR-Regionalplanung mit der „Rest“-Regionalplanung in Arnsberg, Düsseldorf und Münster kollidieren.
4. Zurzeit wird ein regionaler Flächennutzungsplan von den Städten Essen, Mülheim, Oberhausen, Bochum, Gelsenkirchen und Herne erarbeitet. Es sollten die Ergebnisse dieses neuen Instrumentes zumindest abgewartet werden, bevor man ohne Not voreilig die Regionalplanung verlagert.
5. Die in den Bezirksregierungen vorhandene Vernetzung der Gestaltung der Regionalpläne mit den Entscheidungen über die Förderprogramme in verschiedenen Bereichen und den regional bedeutsamen Verkehrsinfrastrukturprojekten hat sich als sinnvoll erwiesen und sollte beibehalten werden.
6. Da die personelle Ausstattung in den 3 betroffenen Bezirksregierungen für die Regionalplanung bestehen bleiben muss, entstehen dauerhaft zusätzliche Personal- und Sachkosten für die Einrichtung einer zusätzlichen Regionalplanung beim RVR. Statt Kosten zu sparen und Bürokratie abzubauen, werden neue Strukturen geschaffen, die mehr Geld kosten als bisher.
7. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte sind die geplanten Änderungen bei der Zuständigkeit für die Regionalplanung wenig zielführend im Sinne effektiver Planungs- und Verwaltungsstrukturen. Abgesehen davon erscheinen entsprechende „Vorab-Festlegungen“ ohnehin wenig sinnvoll mit Blick auf die angestrebte Neuordnung der Mittelinstanzen, die aus Sicht des Regionalrates Arnsberg ihrerseits noch eingehender Diskussion bedarf.